

# Sand im Getriebe

Sondernummer 12/16

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## G-Welt statt G-20

### Die G20-Mitglieder:

**G7:** Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigtes Königreich, USA + EU + Australien

+ **BRICS-Länder:** Brasilien, China, Indien, Russland, Südafrika,

+ **Schwellenländer:** Indonesien, Südkorea, Mexiko, Saudi-Arabien, Argentinien, Türkei



*"Die Erweiterung des exklusiven Clubs der G8 zur G20 ist einerseits Ausdruck der veränderten Kräfteverhältnisse und der abnehmenden Gestaltungskraft der nördlichen Triade. Andererseits wurden die „Neuen“ nur kooptiert mit der Absicht, die Strukturen der Herrschaft des globalen Kapitals (inklusive IWF, WTO und Weltbank) möglichst unverändert zu lassen. Es soll sich wohl einiges ändern, damit das Wesentliche so bleibt wie es ist."*  
(Sand im Getriebe [Nr.77](#), Okt. 2009)

*In dieser Sondernummer haben wir einige Analysen und Aufrufe zusammengestellt, die älter aber nicht veraltet sind. Ein solcher Rückblick kann auch zur Einschätzung der jetzigen politischen Lage und zur Klärung der Aktivitäten bezüglich G20 beitragen.*

*Wir hatten schon diese Artikel in „Sand im Getriebe“ veröffentlicht. (Nr. [70](#), [73](#), [77](#), [84](#), [87](#), [100](#) und [122](#))*

<b>Peter Wahl:</b> <b>Der Aufstieg einer überschätzten Institution</b>	2
<b>G20-Gipfel im September 2016 in Hangzhou (China)</b>	3
<b>2008: Über 620 Organisationen fordern Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO</b>	4
100 soziale Bewegungen und NGOs: <b>Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel (2008)</b>	5
<b>Patrick Bond: Wir zahlen – nicht!</b> Neuer afrikanischer Widerstand gegen das globale Finanzsystem (2008)	8
<b>Die Zeit ist reif: Das Casino schließen</b> Attac - Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen, Sept. 2008	10
<b>Alexis Passadakis, Werner Rätz und andere:</b> Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? (Nov. 2008)	12
<b>Attac Frankreich: G20: Schaumschlägerei</b>	14
<b>Christa Wichterich, 2009:</b> <b>Krisen, Kapital und Kosten: Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen</b>	14
<b>Hans-Jürgen Urban:</b> „Es rettet uns kein höheres Wesen“	15
<b>Walden Bello:</b> <b>Die Vorzüge der Deglobalisierung</b>	16
<b>Miguel d’Escoto Brockmann:</b> <b>Revitalisierung der UNO</b>	17
<b>Fidel Castro: Pittsburgh und das Gipfeltreffen von Margarita</b>	18
Jérôme Duval: Der IWF diktiert mehr als jemals zuvor	19
<b>Conrad Schuhler: Das G20-Fiasko</b>	20

# Der Aufstieg einer überschätzten Institution Potential und Grenzen der G20 (Herbst 2010)

Die Finanzkrise hat ein Gremium an die Spitze der internationalen Politik gespült, das - als Reaktion auf die Asienkrise - schon seit 1999 existiert, aber als Dialogforum von Finanzministern und Zentralbankern eher ein Schattendasein spielte. Dialogforum - das ist Diplomaten-sprech und bedeutet in Klartext, der Westen wollte den „Partnern“ aus den Schwellenländern die eigene Position beibiegen.

Mit dem Finanzcrash wurden die G20 dann aber noch unter Bush zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aufgewertet, und in Pittsburgh 2009 riefen die G20 sich selbst zum „premier forum“ internationaler Wirtschaftskooperation aus. Die Hoffnungen waren groß, dass die Krise ernsthafte Reformen erzwingen würde. Manche dachten - andere befürchteten - wir hätten jetzt eine Art Weltwirtschaftsregierung, die substantielle Reformen in Gang setzen würde.

## Neue Kräfteverhältnisse in der Welt

Viele Linke waren von Anfang kritisch. Ihr Hauptargument ist, **die G20 seien nicht demokratisch legitimiert**. Richtig daran ist, dass die Auswahl der Mitglieder von oben, von den G7 und hier im Wesentlichen den USA vorgenommen wurde. Auch bedeutet Gruppe der Zwanzig, dass ca. 170 Länder nicht dabei sind, darunter kleinere Industrieländer und die Entwicklungsländer. Und richtig ist auch, dass die Marginalisierung der UNO damit weiter befördert wird. Allerdings geht diese Kritik auch an die Adresse der Schwellenländer in der G20, die das Ganze offenbar gerne mitmachen. Einige scheint der Stolz darüber, jetzt zum Club der Großen und Mächtigen zu gehören, so überwältigt zu haben, dass die Solidarität mit den Nicht-Mitgliedern und der UNO in Vergessenheit geraten ist.

Andererseits ist der Aufstieg der G20 Ausdruck einer **Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse von historischen Dimensionen**. Die unipolare Vorherrschaft der USA, die nach dem Kalten Krieg die Weltpolitik bestimmte, war eine sehr kurze Epoche. Wir befinden uns im **Übergang zu einem multipolaren internationalen System**. Mehr noch: der Aufstieg Chinas zur Supermacht, die Großmachtrolle, die Indien und Brasilien zu spielen beginnen, verweist darauf, dass wir am Anfang vom Ende der 500-jährigen globalen Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers stehen. Die Finanzkrise hat wie ein Katalysator diesen Prozess beschleunigt. Das heißt nicht, dass jetzt über Nacht alles anders wird. Die **USA** sind bei den machtpolitisch wichtigsten Indikatoren - Militär, Wirtschaft, politischer und kultureller Einfluss - **noch immer die Nummer 1**.

Wenn man die G20 in diesen Kontext einordnet, dann ist sie auch ein Zeichen positiver Veränderung. Zumal sie im Vergleich zur G8 deutlich repräsentativer ist. Etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung sind vertreten.<sup>1</sup> Bei der G8 waren es 13%. Mit Indien ist auch das Land mit der weltweit größten Armutsbevölkerung vertreten. Womit nicht behauptet werden soll, dass deren Interessen durch ihre Regierung automatisch vertreten würden. Und da es primär um Ökonomie geht, ist die Tatsache dass die G20 für 88% des globalen BIP und 80% des Welthandels steht zwar nicht per se etwas Demokratisches, aber doch auch eine nicht zu vernachlässigende Größe bei der Bewertung dieser Institution. Nicht uninteressant ist auch, dass mit Indonesien das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung dabei ist.

All das entspricht zwar nicht den demokratischen Standards, wie sie wünschenswert wären, aber es ist auch sehr vereinfachend, die G20 mit den G8 in einen Topf zu werfen. **Wer gegen die G20 in gleicher Weise protestiert wie gegen die G20, sollte auch erklären, was er China, Indien, Brasilien, Südafrika, Argentinien etc. vorwirft**. Dass da neue und überraschende Fronten entstehen können, liegt auf der Hand. Ein kleiner Vorgeschmack: beim G20-Gipfel in Toronto setzten sich Frankreich und Deutschland für eine alte Forderung der Linken ein, die Finanztransaktionssteuer. Attac trägt die Steuer sogar im Namen. Indien hat sich öffentlich dagegen ausgesprochen und weder das vom ANC-regierten Südafrika noch von Lulas Brasilien wurde eine andere Position vertreten.

## Fortsetzung des Kampfes um Hegemonie mit anderen Mitteln

Das ist kein Zufall. Die Schwellenländer befürchten Wettbewerbsnachteile für ihre Finanzplätze und ihre jeweiligen Finanzindustrie. Als aufsteigende Mächte sind sie sogar in ganz besonderem Maße darauf bedacht, alles abzuwehren, was als Versuch wahrgenommen werden könnte, ihrem Aufstieg Steine in den Weg zu legen. Insofern hat die **Umbruchsituation** mit auf der einen Seite aufstrebenden Mächte, dort Etablierte, die ihre Position bedroht sehen, eine besondere Brisanz. Sie erinnert an das europäische 19. Jahrhundert, als das damals bestehende Gleichgewicht durch den Aufsteiger Preussen und ab 1871 Deutschland höchst instabil wurde, um schließlich im Ersten Weltkrieg zu enden.

<sup>1</sup> Zumindest solange man nicht Frage der demokratischen Legitimation der G20 Regierungen gegenüber ihrer jeweiligen Bevölkerungen aufwirft. Aber das gilt für alle multilateralen Institutionen, einschließlich der UNO.

Der jüngste Gipfel der G20 in Seoul scheint dieser Befürchtung Nahrung zu geben. Weit entfernt davon, multilaterale Lösungen für die tiefer liegenden Problem der Weltwirtschaft zu finden, konnte der Gipfel nur die Unvereinbarkeit der Interessen feststellen. Die Widerspruchslinien verliefen auch hier keineswegs zwischen Etablierten und Aufsteigern. In der Frage der sog. globalen Ungleichgewichte, d.h. dem Leistungsbilanzdefizit der USA und den entsprechenden Überschüssen bei anderen fanden sich China und Deutschland in einem Lager, während die USA auf der anderen Seite standen. Bei diesem Problem geht es nicht nur um ökonomische Ungleichgewichte, sondern auch um politische Machtfragen, nicht zuletzt um die Stellung des US-Dollars als Leitwährung der Weltwirtschaft.

Es zeigt sich, dass dann, wenn es um vitale **Interessen mächtiger Akteure** geht, die nationalen Interessen so stark sind, dass multilaterale Global Governance schnell an ihre Grenzen stößt. Gipfelkonferenzen werden dann zur Arena für die Fortsetzung des globalen Machtkampfes mit anderen Mitteln. Globalisierung hin, Globalisierung her, der **Nationalstaat** (d.h. der große und einflussreiche) erweist sich nach wie vor als der entscheidende Referenzrahmen fürs Politikmachen. Das ist keine Sympathieerklärung für Patriotismus, Nationalismus und die mit ihm verwandten kollektiven Identitäten, sondern eine ernüchternde Feststellung.

Wer etwa die sino-zentristische Weltsicht der chinesischen Führung zur Kenntnis nimmt, die dem *America first* in nichts nachsteht, wird die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der G20 dementsprechend herunterschrauben müssen. In diesem Gremium ist die **Heterogenität der Interessen** noch um eine Größenordnung stärker als in der G8. Die Problemlösungsfähigkeit verhält sich umgekehrt proportional dazu. **Von daher sind weder die großen Hoffnungen, die in die G20 gesetzt werden, noch die Befürchtungen, dass das Gremium dem Rest der Welt seinen Willen diktieren könnte, realistisch**.

Die Kräfteverhältnisse in der Weltpolitik werden auch in Zukunft letztlich von den machtpolitischen Entwicklungen der großen Spieler untereinander bestimmt werden. Die G20 als Forum wird diese Verhältnisse widerspiegeln, nicht aber verändern können. Emanzipatorische Strategien müssen sich dabei auf die Konfiguration im internationalen System einstellen. Einfacher werden die Dinge dadurch freilich nicht.

Peter Wahl (2012)

**G20** - Überschätzt und wenig ergiebig

# G20-Gipfel im September 2016 in Hangzhou (China)

## Offizielle Dokumente des Gipfels im September 2016 in Hangzhou (China):

[http://www.g20.org/English/Documents/Current/201609/t20160906\\_3395.html](http://www.g20.org/English/Documents/Current/201609/t20160906_3395.html)

- Arbeitsübersetzung auf der Seite der [Bundeskanzlerin](#)

## Oxfam Enttäuschende Ergebnisse bei den Themen Ungleichheit, Klima und Flucht

(...) **Ungleichheit und Steuerreformen:** Erfreulich sind der Konsens in Bezug auf die Entwicklung neuer globaler Steuerregeln sowie die Fortschritte beim länderübergreifenden Informationsaustausch von Steuerdaten. Gleichzeitig greift der bereits verabschiedete BEPS-Reformprozess (gegen Gewinnkürzung und -verlagerung) deutlich zu kurz. Ein faires und transparentes System, durch das globale Steuervermeidung wirksam bekämpft werden kann, ist so weiterhin nicht in Sicht. Auch nach dem Gipfel kann daher nicht von mehr Steuergerechtigkeit gesprochen werden.

Entwicklungsländern entgehen jedes Jahr mindestens 100 Milliarden US-Dollar durch Steuervermeidung von multinationalen Konzernen. Das entspricht fast drei Vierteln der gesamten internationalen Entwicklungshilfe in Höhe von 135 Milliarden US-Dollar. Die finanziellen Mittel fehlen den Entwicklungsländern dann für den Auf- und Ausbau von Schulen und Krankenhäusern.

Um soziale Ungleichheit endlich wirksam zu bekämpfen, fordert Oxfam daher „BEPS Plus“, eine zweite Runde von Reformen, die den für Entwicklungsländer desaströsen internationalen Steuerwettbewerb nach unten beendet und echte globale Steuergerechtigkeit schafft.

Zu vage sind aus Oxfam-Sicht auch die Beschlüsse die getroffen wurden, um mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen und Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. (...)

### Zu Klima und fossilen Energien:

(...) Sie verlieren in ihrer Abschlusserklärung kein Wort darüber, dass ihre jeweiligen Klimaschutzziele im Klimavertrag nicht ausreichen, um wie verabredet die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen. (...)

### Flucht und Migration:

(...) Vor kurzem erst hat Oxfam darauf hingewiesen, dass die sechs reichsten G20-

Mitgliedsstaaten weniger als neun Prozent aller Flüchtlinge aufnehmen und damit ihrem fairen Anteil nicht gerecht werden. Die Staats- und Regierungschefs müssen gewährleisten, dass alle Menschen die notwendige Unterstützung erhalten, die auf der Flucht vor Gewalt oder Armut sind oder aus anderen Gründen ihr Land verlassen haben und dabei in Not geraten sind. Dabei müssen ihre Grundrechte jederzeit respektiert werden. Reiche Länder in aller Welt müssen zudem mehr Flüchtlingen humanitäre Aufnahme gewähren und auch ärmere Länder, die bereits eine sehr große Zahl von Flüchtlingen aufgenommen haben, stärker unterstützen. Schließlich gilt es, der größten Gruppe der weltweit Geflüchteten, den Schutz zu geben, den sie dringend benötigen – den in ihren Heimatländern vertriebenen Menschen. Die internationale Gemeinschaft darf diese Menschen nicht länger vergessen.

[Oxfam](#), Vollständiger Text in [SiG 122](#)

## Internationaler Gewerkschaftsbund Kritiken an den G-20-Staatschefs

6. September 2016

(...) „Die G-20-Gruppe spricht sich zwar für Wachstum aus, aber lässt Jobs und die Nachfrage außen vor. Trotz wichtiger Ergebnisse des Treffens der Arbeitsminister der G-20-Staaten im Juli wird die Reaktion auf Beschäftigungslücken und anhaltend niedrige Arbeitseinkommen in lediglich einem von 48 Absätzen abgehandelt. Es werden zwar die Leitlinien für existenzsichernde Arbeitseinkommen ebenso wie die Förderung von mehr Lehrstellen und besserer Beschäftigungsfähigkeit befürwortet, doch es fehlen entscheidene Maßnahmen in Verbindung mit den G-20-Wachstumsstrategien sowie Handlungsstrategien, die diese weiterführen“, so die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) Sharan Burrow.

(...) „Was die globale Wirtschaft jetzt sofort braucht, ist die Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch höhere Löhne und öffentliche Investitionen, nicht noch mehr Strukturreformen, die auf kurze Sicht sogar die Nachfrage dämpfen und zu mehr Unsicherheit beitragen könnten. Starke Arbeitsmarktinstitutionen, gute

*Jobs und Pläne für den Ausbau der Infrastruktur sollten das Kernstück der G-20-Wachstumsstrategien sein und als Leitlinien für strukturelle Reformen dienen – und nicht andersherum. Um die Wachstumsziele von Brisbane zu erreichen, müssen die Verantwortlichen integratives Wachstum entschiedener fördern und Gewerkschaften und sozialem Dialog eine wichtige Rolle dabei einräumen“,* sagte der Generalsekretär des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses (TUAC) bei der OECD.

(...) „Regierungen schweigen zu verantwortlichen Wirtschaften und Menschenrechten in globalen Wertschöpfungsketten, während sie gleichzeitig noch mehr Handel wollen. Die L 20 erwartet, dass die G 20 sich 2017 zu konkreten Maßnahmen in Bezug auf globale Lieferketten und verantwortliches Wirtschaften verpflichtet. Beim Klimawandel ist das Kommuniqué ähnlich allgemein. Wo bleibt der laute Ruf danach, die Anstrengungen zu erhöhen, das 2°-C-Ziel zu erreichen und die Strategien für einen gerechten Umbau zu entwickeln, die nötig sind, das Klimaziel zu erreichen und hochwertige Arbeitsplätze zu sichern?“, fragte Burrow.

(...) Die G 20 haben nun endlich zur Kenntnis genommen, dass die aktuelle Flüchtlingskrise die größte seit dem zweiten Weltkrieg ist und dass die Lasten geteilt und Entwicklungshilfe geleistet werden muss, da viele Länder bereits überfordert sind.

„Es ist unsere Aufgabe, mehr gemeinsam zu tun. Die G 20 haben es versäumt, einen Aktionsplan dafür auszuarbeiten, Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Ausbildungsgelegenheiten für sie zu schaffen. Flüchtlingsfamilien, unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene haben Anspruch auf die Achtung ihrer Menschenrechte und den Zugang zu Arbeit, Wohnung, Sprachunterricht und Berufsausbildung. Dem G-20-Kommuniqué fehlt ein wichtiges Wort an der richtigen Stelle: Integration“, sagte Burrow.

[ITUC](#) - Übersetzung: Amata Schneider-Ludorff (coeditrad) / SiG-Redaktion

Vollständiger Text in [SiG 122](#)

**Internationaler Gewerkschaftsbund:  
[Was ist L20?](#)**

# 2008

## Über 620 Organisationen fordern Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO

Am 30. Oktober (2008) haben in Washington die Beratungen der UNO-Sonderkommission über die globale Finanzkrise unter dem Vorsitz von Miguel d'Escoto Brockman (Präsident der UNO-Generalversammlung) begonnen. Diese Kommission soll Vorschläge zur Reform des weltweiten Finanzsystems vorlegen. (General Assembly President Says Global Solution Must Involve 'G-192', Not Quick-Fix Half-Measures Agreed 'Behind Closed Doors' (30.10.2008), ausführlicher Bericht auf Englisch auf der Seite: <http://www.un.org/press> (auf Französisch))

Zur Weltfinanzkonferenz am 15. November sind jedoch nur die 20 mächtigsten Regierungen geladen worden. Daher fordern über 620 Organisationen aus über 88 Ländern die demokratische Beteiligung aller Regierungen und Bevölkerungen an einem „Bretton Woods II“.

### Zeit für grundsätzliches Umdenken

#### Hintergrund

Die letzten Monate haben eine der folgenschwersten Finanzkrisen der nordamerikanischen und europäischen Geschichte gesehen. Die Reaktionen darauf waren ebenfalls von historischer Tragweite. Um einen regionalen und globalen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten abzufangen und die Stabilität der Märkte sowie das Vertrauen in diese wiederherzustellen, verfolgen die Regierungen der westlichen Länder ein massives und noch nicht da gewesenes Programm staatlicher Eingriffe: Nationalisierung von Banken, massive Finanzspritzen für angeschlagene Institutionen und Regulierung ihrer Finanzsektoren.

Diese Reaktion steht im direkten Widerspruch zur streng neoliberalen Politik, welche die Weltbank, der internationale Währungsfonds und die entwickelten Länder in den letzten dreißig Jahren den Entwicklungsländern aufgezwungen haben. Regierungen wurden dazu gedrängt, ihre Handelsbestimmungen zu liberalisieren, Finanz- und Arbeitsmärkte zu deregulieren, staatliche Industriebetriebe zu privatisieren, Subventionen abzubauen und soziale wie wirtschaftliche Ausgaben zu reduzieren. Der Staat sah seine Rolle ernsthaft reduziert.

Diese Doppelmoral ist nicht nur inakzeptabel, sondern signalisiert auch den Niedergang des Fundamentalismus des freien Marktes. Das internationale Finanzsystem, sein Aufbau und seine Institutionen waren vom Ausmaß der aktuellen finanziellen und wirtschaftlichen Krise komplett überrumpelt. Das Finanzsystem, sein Aufbau und seine Institutionen müssen komplett neu überdacht werden.

#### Eine wirklich globale Antwort auf eine globale Krise

In den letzten Wochen haben Führungspersonen auf der ganzen Welt die Mängel des existierenden Systems erkannt und auch die Notwendigkeit, sich zu treffen und breit gefächerte Vorschläge auszuarbeiten zur Re-

formierung des globalen Finanzsystems und seiner Einrichtungen. Die G20 haben jetzt festgelegt, sich am 15. November in Washington DC zu treffen und die Diskussionen zu beginnen. Es kommt natürlich darauf an, dass man sich auf unmittelbare Maßnahmen einigt, die Krise anzugehen, und wir betonen in diesem Zusammenhang, dass vorrangig eine Antwort gefunden werden muss auf die Auswirkungen der Krise auf die Lage von einfachen Angestellten und Arbeitern, Haushalten mit niedrigem Einkommen, Rentnern und Menschen in anderen extrem verwundbaren Bereichen. Aber wir sind tief besorgt darüber, dass die angesetzten Treffen hastig durchgeführt und nicht alle mit einschließen werden. Als Folge davon werden sie weder den umfassenden Charakter der nötigen Veränderungen bewältigen noch werden sie für eine angemessene Verteilung der Lasten sorgen.

Obwohl die Krise in den westlichen Ländern entstand, werden die Auswirkungen wahrscheinlich in den Entwicklungsländern am größten sein. Deswegen ist es entscheidend, dass alle Länder im Prozess der Veränderung des internationalen Finanzsystems zu Wort kommen. Es wird keine gerechte und nachhaltige Lösung für die Umformung des aktuellen Systems in einer Konferenz geben, die so kurzfristig vorbereitet ist und viele Länder sowie die Zivilgesellschaft ausschließt. Tatsächlich führen solche Anstrengungen viel wahrscheinlicher dazu, das Vertrauen und die Zuversicht der Öffentlichkeit zu untergraben und solche Länder weiter zu entrechten, die ohnehin eher zu regionalen Lösungen tendieren, als zu einem stärkeren, mehr zusammenhängenden und faireren internationalen Finanzsystem.

#### Unsere Forderungen – Zeit für grundsätzliches Umdenken

Wir, die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, unterstützen die grundsätzliche und weit reichende Umformung des internationalen Finanz- und Wirt-

schaftsystems. Um diesem Zweck zu dienen, unterstützen wir eine von der UN einberufene hochrangige internationale Konferenz zur Überprüfung der internationalen Finanz- und Währungs-Architektur, ihrer Institute und ihrer Führungsstruktur, aber nur, wenn das Treffen folgende Bedingungen erfüllt:

- Alle Regierungen der Welt müssen eingeschlossen werden und mitwirken;
- Vertreter der Zivilgesellschaft, Bürger-Gruppierungen, soziale Bewegungen und andere Interessenvertreter sind zu beteiligen;
- Bearbeitungsprozesse müssen transparent gestaltet werden und es muss Raum geben für die Klärung regionaler Fragen, besonders für die von der Krise am stärksten betroffenen Gebiete;
- Der Themenkatalog muss umfassend sein und das ganze Feld der Probleme und Institutionen ist zu behandeln;
- Der ganze Prozess muss transparent sein: Anträge und Entwürfe müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und frühzeitig vor dem Treffen ausführlich erörtert werden.

Der neue UN-Ausschuss für das globale Finanzsystem, das anstehende UN-Treffen zur Finanzierung der Entwicklung und weitere UN-Instanzen müssen voll einbezogen werden, um die Vorbereitungen für ein solches globales Treffen zu beginnen.

Es gibt keine schnellen Lösungen für den Übergang vom derzeitigen System, das Instabilität und Ungerechtigkeit gefördert hat, zu einem gerechten, nachhaltigen und überprüfbareren System, das zu Vorteilen für die Mehrheit der Menschen dieser Welt führt.

Zu den Unterzeichnern gehören:

Attac Argentinien, Attac Chile, Attac Deutschland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Japan, Attac Quebec, Attac Spanien, Attac Togo, Attac Ungarn, Attac Uruguay  
(SiG 70, S. 26)

# Erklärung von 100 sozialen Bewegungen und NGOs Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel

Peking, 15. Oktober 2008 - Erklärung anlässlich des ASEM-Gegengipfels des Asia-Europa People's Forum

## Präambel

Das Transnational Institute und Focus on the Global South nutzten das Asia-Europe People's Forum, zu dem viele Vertreter sozialer Bewegungen in Peking zusammengekommen waren, um vom 13. bis 15. Oktober mehrere informelle Nachtsitzungen abzuhalten. Dabei haben wir uns darüber ausgetauscht, was die Ausweitung der weltweiten Wirtschaftskrise bedeutet, und dass sie für uns Gelegenheit bietet, einige der ermutigenden und realisierbaren Alternativen in die Öffentlichkeit zu tragen, an denen viele von uns seit Jahrzehnten arbeiten. Diese Erklärung ist das gemeinsam erarbeitete Ergebnis dieser Pekinger Nächte. Wir ErstellerInnen verstehen sie als einen ersten Beitrag und als Versuch, Vorschläge zu formulieren, die unseren Bewegungen als Grundlage für eine radikal andere politische und wirtschaftliche Ordnung dienen können.

## Die Krise

Das Weltfinanzsystem löst sich mit großer Geschwindigkeit auf. Dies geschieht inmitten einer Vielzahl anderer Krisen rund um Nahrungsmittel, Klima und Energie. Dadurch wird die Macht der USA und der EU und die Macht der von ihnen dominierten globalen Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation, massiv geschwächt. Es wird nicht nur das neoliberale Paradigma in Frage gestellt, sondern die Zukunft des Kapitalismus insgesamt.

Das Chaos im Weltfinanzsystem ist so groß, dass die Regierungen im Norden Maßnahmen ergriffen haben, die progressive Kräfte seit Jahren fordern, wie zum Beispiel die Verstaatlichung von Banken. Allerdings ist dieses Vorgehen als kurzfristige Stabilisierungsmaßnahme gedacht, und sobald der Sturm vorüber ist, wird man die Banken wahrscheinlich wieder dem Privatsektor überlassen. Wir haben also nur ein kurzes Zeitfenster, um zu mobilisieren, damit das nicht geschieht.

## Herausforderung und Chance

Diese Situation einer schweren Krise ist für uns Neuland – die Auswirkungen der Finanzkrise werden hart sein. Die Bevölkerungen werden einem tiefen Unsicherheitsgefühl ausgeliefert, Elend und Not ärmerer Menschen werden überall anwachsen. Wir dürfen jetzt das Feld nicht faschistischen, rechten, populistischen und fremdenfeindli-

chen Kräften überlassen, die mit Sicherheit versuchen werden, aus der Angst und der Wut der Menschen Kapital für ihre reaktionären Ziele zu schlagen.

In den letzten Jahrzehnten sind kraftvolle Bewegungen gegen den Neoliberalismus entstanden. Sie werden in dem Maße wachsen, wie eine kritische Berichterstattung über die Krisen immer mehr Menschen erreicht, die jetzt schon empört darüber sind, dass öffentliche Mittel für die Behebung von Problemen zweckentfremdet werden, für die sie nicht verantwortlich sind; und die jetzt schon besorgt sind angesichts der ökologischen Krise und steigender Preise, vor allem bei Nahrungsmitteln und Energie. Diese Bewegungen werden weiter an Kraft gewinnen, wenn die Rezession ihre Zähne zeigt und die Volkswirtschaften in die Depression abrutschen.

Doch jetzt ist eine neue Offenheit für Alternativen da. Diese müssen konkret und umsetzbar sein, wenn sie die Menschen für sich gewinnen sollen. Wir haben überzeugende Alternativlösungen, die schon auf den Weg gebracht sind, und wir haben noch viele andere gute Ideen, die wir in der Vergangenheit - noch ohne Erfolg - ausprobiert haben. Im Zentrum unserer Alternativen steht das Wohlergehen der Menschen und ihres Planeten. Das bedeutet, dass es eine demokratische Kontrolle über die Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen geben muss. Das ist sozusagen der rote Faden, der sich durch diesen Katalog von Vorschlägen zieht.

## Vorschläge zur Debatte, zur Weiterentwicklung und für konkretes Handeln

### Finanzwesen

- Banken umfassend vergesellschaften, nicht nur faule Vermögenswerte verstaatlichen.
- Bankinstitutionen schaffen, die in der Bevölkerung verankert sind und bestehende basisnahe Ausleihsysteme stärken, die auf Gegenseitigkeit und Solidarität beruhen.
- systematische, volle Transparenz im Finanzsystem schaffen durch die Offenlegung der Bücher für die Öffentlichkeit, gewährleistet durch Bürgerbewegungen und Arbeitnehmerorganisationen.
- das bestehende Bankensystem unter die Aufsicht von Parlamenten und Bürgern stellen.

• bei der Vergabe von Krediten auch zu kommerziellen Zwecken systematisch soziale (inkl. Arbeitsbedingungen) und ökologische Kriterien anlegen.

• minimal verzinsliche Kredite für soziale und ökologische Zwecke und zur Stärkung der derzeit schon wachsenden sozialen Wirtschaft müssen Priorität haben.

• Umbau der Zentralbanken nach demokratisch festgelegten sozialen, ökologischen und expansionsorientierten (d.h. rezessionshemmenden) Kriterien zu Institutionen, die der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sind.

• Schutz für die Geldüberweisungen von Migranten an ihre Familien und gesetzlich festzulegende Einschränkung von Gebühren und Steuern auf solche Transferzahlungen.

### Steuern

- Schließung aller Steuerparadiese.
- Abschaffung der Steuererleichterungen für fossile Brennstoffe und Kernenergie-Unternehmen.
- Anwendung deutlich progressiver Steuertarife.
- Einführung eines internationalen Steuersystems, um Transfer Pricing (gezielte Preisgestaltung eines Konzerns mit dem Ziel der Steuervermeidung) und Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben.
- Einführung einer Abgabe auf die Gewinne verstaatlichter Banken zum Aufbau von Bürgerfonds' (s. unten).
- Einführung ausgeprägt progressiver CO<sub>2</sub>-Besteuerung für alle diejenigen mit den größten CO<sub>2</sub>-Fußabdrücken
- Kontrolle der spekulativen Finanzgeschäfte, z.B. über eine Tobin Tax.
- Wiedereinführung von Zöllen und Abgaben auf Luxusgüter und auf Waren, die im Inland schon produziert werden: so wird das Finanzaufkommen des Staates gestärkt und gleichzeitig die einheimische Produktion gefördert, was eine Senkung des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bewirkt.

### Öffentliche Ausgaben und Investitionen

- Militärausgaben radikal kürzen.
- Öffentliche Ausgaben umschichten: weg von der Schuldenbefreiung von Bankern, hin zur Sicherung von Grundeinkommen und Daseinsvorsorge und zur Bereitstellung sozialer Grundleistungen für Alle, wie:

Wohnung, Wasser, Strom, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung sowie Zugang zum Internet und zu anderen Strukturen der öffentlichen Kommunikation.

- Bürgerfonds (s. oben) zur Unterstützung besonders armer Gruppen einsetzen.
- Menschen, die wegen der versäumten Zahlung von Hypothekenraten ihr Haus zu verlieren drohen, müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Zahlungsbedingungen neu auszuhandeln.
- Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stoppen.
- Zur Stärkung der Beschäftigung öffentliche Unternehmen schaffen, die unter der Aufsicht von Parlamenten, lokalen Gemeinschaften bzw. Beschäftigten stehen.
- Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen durch die Demokratisierung der Betriebsführung verbessern – Manager des öffentlichen Dienstes, Mitarbeiter, Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen dabei unterstützen, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten.
- Einführung partizipativer Haushaltsgestaltung im Bereich der öffentlichen Finanzen auf allen machbaren Ebenen.
- Massive Investitionen in verbesserte Energieeffizienz, umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, erneuerbare Energien und in die Behebung ökologischer Schäden.
- Preiskontrolle oder -subventionierung für lebenswichtige Konsumgüter.

## **Internationaler Handel und Finanzen**

- Einführung eines weltweiten Verbots von Leerverkäufen auf Aktien und andere Anteile, Verbot des Handels mit Derivaten
- Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel
- Streichung der Schulden aller Entwicklungsländer. Diese Schulden steigen, weil durch die Krise die Währungen der Länder des Südens fallen.
- Die Forderung der Vereinten Nationen unterstützen, in die Gespräche über die Lösung der Krise eingebunden zu werden, die die Volkswirtschaften des Südens sehr viel härter treffen wird als bisher zugegeben wird.
- Weltbank, Internationalen Währungsfonds und Welthandelsorganisation schrittweise abschaffen.
- US-Dollar als internationale Reservewährung auslaufen lassen.
- Eine basisnahe Untersuchungskommission einberufen, welche die notwendigen Mechanismen für ein gerechtes internationales Währungssystem formuliert.
- Dafür sorgen, dass Hilfsleistungen nicht infolge der Krise reduziert werden.
- Abschaffung der Auflagen für die Entwicklungshilfe.

- Abschaffung neoliberaler Auflagen bei Hilfsmaßnahmen
- Überwinden des Paradigmas der exportorientierten Entwicklung; stattdessen Neuzugang bzw. Wiederausrichtung nachhaltiger Entwicklung auf die Produktion für den lokalen und regionalen Markt.
- Anreize für Produkte setzen, die zum ortsnahe Verkauf auf dem einheimischen Markt bestimmt sind.
- Einstellung aller Verhandlungen für bilaterale Freihandelsabkommen und wirtschaftliche Partnerschaften.
- Förderung von Zusammenschlüssen für regionale Wirtschaftszusammenarbeit wie UNASUR, die Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA), das Handelsabkommen der Völker (Tratado de Comercio de los Pueblos TCP), die echte Entwicklung und die Beseitigung der Armut voranbringen.

## **Umwelt**

- Einführung eines internationalen Entgeltsystems für Länder, die im Interesse des globalen Klimaschutzes auf die Ausbeutung fossiler Brennstoffe verzichten, im Sinne des ecuadorianischen Vorschlags.
- Entschädigungszahlungen an die Länder des Südens für die vom Norden verursachten ökologischen Schäden, um die Völker des Südens dabei zu unterstützen, den Klimawandel und andere ökologische Katastrophen zu bewältigen.
- Strenge Anwendung des Vorsorgeprinzips im Sinne der UN-Erklärung über das Recht auf Entwicklung; es muss Bedingung für alle Entwicklungs- und Umweltprojekte werden.
- keine weiteren Kredite für Projekte des so genannten „Mechanismus für saubere Entwicklung“ im Rahmen des Kyoto-Protokolls, die umweltschädlich sind, wie zum Beispiel der Anbau von Eukalyptus, Soja und Palmöl in Monokultur.
- Entwicklungsstopp für Emissionshandel und andere ökologisch kontraproduktive technische Pseudolösungen („TechnoFix“-Konzepte) wie CO<sub>2</sub>-Abtrennung und -Endlagerung, Agrartreibstoffe, Kernkraft und „saubere Kohle“.
- Entwicklung von Strategien zur radikalen Drosselung des Konsums in den reichen Ländern, bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Entwicklung in ärmeren Ländern.
- Einführung demokratischen Managements für alle internationalen Finanzierungsinstrumente zur Bekämpfung des Klimawandels, unter starker Beteiligung der Länder des Südens und der Zivilgesellschaft.

## **Landwirtschaft und Industrie**

- Abwendung vom schädlichen Paradigma der industriezentrierten Entwicklung, das

dazu führt, dass der ländliche Raum ausgepreßt wird, um die notwendigen Ressourcen für Industrialisierung und Verstädterung zur Verfügung zu stellen.

- Förderung landwirtschaftlicher Strategien, die auf Nahrungsmittelsicherheit, Ernährungssouveränität und nachhaltigen Landbau setzen.
- Unterstützung von Bodenreformen und anderen Maßnahmen, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern und ländliche und indigene Gemeinschaften unterstützen.
- Ausbreitung sozial und ökologisch zerstörerischer Monokultur-Unternehmen stoppen.
- Reformen des Arbeitsrechts stoppen, die auf die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Lockerung von Kündigungsvorschriften oder die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten abzielen.
- Schaffung sicherer Arbeitsplätze durch das Verbot prekärer Billigarbeit.
- Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren – als grundlegendes Prinzip und auch um die kommende Rezession aufzufangen, indem die Kaufkraft der Arbeitnehmer gestärkt wird.
- Die Rechte von Arbeitsemigranten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schützen und für ihre sichere Rückkehr und Wiedereingliederung in die Heimatländer sorgen. Die Menschen, die nicht zurückkehren können, dürfen nicht dazu gezwungen werden; ihre Sicherheit soll gewährleistet sein, und sie sollten Beschäftigung oder ein minimales Grundeinkommen erhalten.

## **Schlußbemerkung**

All dies sind praktische, konkrete, vernünftige Vorschläge. Einige entsprechen Initiativen, die schon im Gang sind und sich bewährt haben. Ihre Erfolge müssen öffentlich und einem breiten Publikum bekannt gemacht werden, damit sie Nachahmung finden. Andere Vorschläge werden sich kaum einfach aufgrund ihrer objektiven Vorzüge verwirklichen lassen. Politischer Wille ist gefragt. Implizit ist damit jeder Vorschlag ein Aufruf zum Handeln. Dieses Dokument ist als lebendige Arbeitsgrundlage zu verstehen, die von uns allen weiter entwickelt und ausgearbeitet werden kann und soll. Bitte unterschreiben Sie die Erklärung.

Eine nächste Gelegenheit, gemeinsam an den Maßnahmen zu arbeiten, die notwendig sind, um diese und andere Ideen Wirklichkeit werden zu lassen, wird das Weltsozialforum in Belem in Brasilien Ende Januar 2009 bieten.

Wir haben die Erfahrung und die Ideen – wir sollten die derzeit herrschende Unordnung als Herausforderung und Anstoß sehen und den Schwung nutzen, um eine echte Alternative auf den Weg zu bringen!

## Unterschriften von Organisationen

(Stand am 27.11.08):

Transnational Institute, Netherlands  
Focus on the Global South  
Red Pepper magazine, United Kingdom  
Institute for Global Research and Social Movements, Russia  
Ecologistas en Acción, Spain  
JS - Asia/Pacific Movement on Debt and Development (JS APMDD), Asia  
RESPECT Network Europe, Europe  
Commission for Filipino Migrant Workers (CFMW), Netherlands  
The Movement for a Just World, Malaysia  
Nord-Sud XXI, Switzerland  
Europe Solidaire Sans Frontières (ESSF), France  
Indian Social Action Forum (INSAF), Inadi  
Movimiento Madre Tierra, Honduras  
Asian Bridge, South Korea/ Philippines  
Center for Encounter and Active Non-Violence, Austria  
The Alliance of Progressive Labor (APL)  
Pakistan Institute of Labour Education and Research (PILER), Pakistan  
Pambansang Katipunan ng Makabayang Magbubukid-PKMM (National Federation of Patriotic Peasant), Philippines  
Proresibong Alyansa ng mga Mangangisda-PANGISDA (Progressive Alliance of Fisher), Philippines  
WomanHealth, Philippines  
Kilusan para sa Pambansang Demokrasya (KPD), Philippines  
Fisherfolk Movement Philippines  
Democratic Socialist Perspective, Australia  
Resistance & Alternative, Mauritius  
Observatori del Deute en la Globalització, Spain  
African Journalists on Trade and Development Centre for Education and Communication (CEC), India  
EQUATIONS, India  
ESK-Basque Land, Basque Country  
Common Frontiers, Canada  
Alab-Katipunan, Philippines  
Finnish Asiatic Society, Finland

Alab-Katipunan, Philippines  
Finnish Asiatic Society, Finland  
Red Constantino, Philippines  
Intercultural Resources, India  
Women's March Against Poverty and Globalization (WELGA)  
FDC Women's Committee  
Bharatiya Krishak Samaj (Indian farmers organization)  
Peace for All International Development Organization, Canada/Uganda  
Foundation for Media Alternatives, Philippines  
The Philippine Rural Reconstruction Movement, Philippines  
The Freedom from Debt Coalition-Iloilo, Philippines  
Jubilee Eastern Cape, South Africa  
SdL intercategoriale, Italy  
Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos, Argentina  
APRODEH (Asociacion Pro Derechos Humanos), Peru  
**Attac Spain**  
HealthWrights, Workgroup for People's Health and Rights, US  
Ander Europa, Netherlands  
Enlightening Indonesia, Indonesia  
SolidaritéS, Switzerland  
**ATTAC Hungary**  
AITEC (Association Internationale de Techniciens, Experts et Chercheurs), France  
Red Venezolana Contra la Deuda/CADTM Venezuela  
Movimiento Unido Socialista Haitiano por el ALBA (MOUSHA), Venezuela  
IPIAT (Instituto para la Investigación de la Agricultura Tropical), Venezuela  
ECOPEACE Party South Africa  
Jubilee Kansai Network, Japan  
Ecuador Decide, Ecuador  
**ATTAC Japan**  
Transnationals Information Exchange (TIE) – Netherlands  
Popular Education for Peoples' Empowerment, Philippines  
International Gender and Trade Network, Brazil

Committee for the Abolition of Third World Debt (CADTM), Belgium  
**ATTAC Morocco**  
**ATTAC-Denmark**  
Friends of the Earth Finland  
European Left Party Network, UK  
Center for the Study of Democratic Societies, USA  
European SocialForum Activists News Agency.  
Cymru Europa Press (Social Forum Cymru/Wales), UK  
Initiative Colibri/Germany  
Sudptt (SOLIDAIRES) Attac 44 France  
International Debt Observatory, Belgium  
Ligue communiste révolutionnaire (LCR), France  
**Attac France**  
Anti Debt Coalition (KAU), Indonesia  
Africa Europe Faith and Justice Network  
The Corner House, UK  
Climate and Capitalism (Canada)  
BanglaPraxis, Bangladesh  
Centro Studi Monetari, Italy  
The Network Institute for Global Democratization (NIGD), Finland  
Project SafeCom  
Justice and Peace Commission, Mexico  
Theater of the Oppressed Laboratory (TOPLAB), US  
Grasroots Policy Project, US  
Habitat Net, Germany  
Metta Center for Nonviolent Education, US  
Legal Rights and Natural Resources Center (LRC/Friends of the Earth), Philippines  
PODER, A.C.  
**ATTAC-Québec**  
Foundation for Gaia, UK  
Alianza Social Continental, Americas  
Red Colombiana de Acción Frente al Libre Comercio-RECALCA, Colombia  
World Development Movement, UK  
Confederación Latinoamericana de Cooperativas y Mutuales de Trabajadores - COLACOT  
Fundacion Solon, Bolivia  
War on Want, UK



(Demonstration gegen die G20 in Pittsburgh, 2009)



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

**Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:  
Eintragung hier (rechte Spalte!)**  
<http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

ViSPR: Peter Strotmann

Die Sondernummer wurde von M.D.Vernhes zusammengestellt.

# Patrick Bond

## Wir zahlen - nicht!

### Neuer afrikanischer Widerstand gegen das globale Finanzsystem

#### November 2008

Derzeit ist eine strategische Debatte darüber im Gange, wie auf die weltweite Finanzkrise reagiert werden kann und wie die Probleme der nördlichen Hemisphäre in eine breiter angelegte Kapitalismuskritik eingebunden werden können. Der weltweite Finanzkollaps des Jahres 2008 hat seine Wurzeln im neoliberalen Exportmodell. Dieses Modell ist in Afrika seit dem Beginn der Strukturanpassungen in den frühen 1980er Jahren das vorherrschende wirtschaftliche Leitbild. Die Wurzeln des Kollaps liegen jedoch noch viel tiefer und reichen bis in die vergangenen 35 Jahre zurück, in denen das weltweite kapitalistische System von Stagnation und Unbeständigkeit geprägt war.

**Afrika** hat schon immer unter einem unverhältnismäßig starken Druck der Weltwirtschaft gelitten. Dies gilt vor allem für die Schulden und den Abfluss von Finanzmitteln. Diejenigen afrikanischen Länder jedoch, die sich im neoliberalen Zeitalter übermäßig stark den weltweiten Finanzbewegungen ausgesetzt haben, haben nun auch auf besonders schwerwiegende Weise unter dem Finanzkollaps gelitten. In Südafrika, der größten Volkswirtschaft des afrikanischen Kontinents, hat Finanzminister Trevor Manuel die Devisenkontrollen stetig abgebaut. Außerdem ist in seiner Amtszeit das Leistungsbilanzdefizit stark angestiegen: Es ist mittlerweile das zweitgrößte der Welt. Dies liegt vor allem am stetigen Abfluss von Gewinnen und Dividenden von Unternehmen, die seit den 1990er Jahren nicht mehr in Johannesburg notiert waren, sondern an Börsen in den USA, Großbritannien oder Australien.

In der ersten Oktoberwoche brach der Aktienmarkt **Südafrikas** um zehn Prozent ein. Die Währung büßte neun Prozent ein. In der zweiten und dritten Woche folgte ein weiterer Rückgang um jeweils zehn Prozent. Der spekulative Immobilienmarkt Südafrikas hatte zuvor bereits einen Einbruch erlebt, der in Zukunft ähnlich stark wie in den anderen schwer getroffenen Immobilienmärkten, beispielsweise in den USA, Dänemark oder Irland, ausfallen könnte. Der Grund dafür lag darin, dass die Hauspreise um die Jahrtausendwende in Südafrika sogar stärker als in den genannten, sich casinoartig gebärdenden Märkten in die Höhe geschneit waren. So stiegen die Preise zwischen 1997-2004 um 200 Prozent, verglichen mit 60 Prozent in den USA.

Dieser Marktzusammenbruch führte zu einer Delegitimierung der von den Regierungen Nelson Mandela und Thabo Mbeki (un-

ter der Ägide von Finanzminister Manuel) zwischen 1994 und 2008 durchgeführten Philosophie der wirtschaftlichen Liberalisierung. Der dramatische Abschied Mbekis im September ist teilweise darauf zurückzuführen, dass seit 1994 Ungleichheit und Arbeitslosigkeit erheblich zugenommen haben, was wiederum zu massiven sozialen Protesten geführt hat. Manuel trat am vorletzten Tag der Regierung Mbeki zurück und verfasste aus diesem Anlass ein Solidaritätsschreiben. Als dieses Schreiben von Mbeki am 23. September veröffentlicht wurde, brachen die Aktien- und Devisenmärkte innerhalb von einer Stunde um sechs Milliarden US-Dollar ein. Auf Grund des Absturzes der Kurse musste Übergangspräsident Kgalema Motlanthe sofort nach seinem Amtsantritt Finanzminister Manuel mit großen Fanfaren wiederernennen.

In den USA und Europa folgte bald darauf der Finanzkollaps. Dabei zeigten sich immer stärker die **Vorteile der verbliebenen Reste der südafrikanischen Kapitalverkehrskontrolle**, die eine ausreichend hohe Liquidität im Finanzsystem einschließt. Ein weiterer rettender Faktor bestand darin, dass viele der "exotischen" Finanzprodukte verboten worden waren.

Im restlichen Afrika bieten sich nun ähnliche Chancen, die Orthodoxie des Finanzsystems in Frage zu stellen. Derzeit ist es für die VertreterInnen des Internationalen Währungsfonds (**IWF**), welcher den stärksten äußeren Einfluss auf die afrikanische Wirtschaftspolitik ausübt, praktisch unmöglich, die Eliten mit einer gewissen Glaubwürdigkeit zu beraten. Schließlich behauptete der "Global Financial Stability Report" des IWF noch im September 2006, dass das weltweite Finanzsystem "*ungewöhnlich geringe Marktschwankungen*" aufweise. Weiter hieß es dort, dass das weltweite Wirtschaftswachstum "*zunehmend ausgeglichen vonstatten gehe und es somit eine solide Grundlage für die Finanzmärkte bilde*". Was den wachsenden Markt für Kreditderivate zum Handel mit Ausfallrisiken betraf (ein Kartenhaus im Wert von 56 Billionen US-Dollar, das den Zusammenbruch einer ganzen Reihe von Banken auslöste), so gab sich der IWF gänzlich unbesorgt, weil "*der Anstieg der Aufschläge auf Kreditderivate zum Handel mit Ausfallrisiken in den entwickelten Märkten nur allmählich vonstatten geht und gering ausfällt*".

Der IWF verkündet seitdem immer wieder die Vorteile von Liberalisierung und wachsenden finanziellen Zuflüssen nach Afrika. Das betrifft vor allem die Wertpapierfi-

nanzierung, das heißt kurzfristiges, "heißes" Geld in Form von durch Unternehmen und Regierungen in lokalen Währungen ausgestellten Aktien und Wertpapieren, die jedoch leicht in andere Währungen konvertierbar sind. Dieses "heiße Geld" - letztlich spekulative Finanzmittel privatwirtschaftlicher Investoren - floss vor allem in die süd-afrikanische Aktienbörse, in geringerem Maße aber auch in die Aktienmärkte von Ghana, Kenia, Gabun, Togo und den Seychellen.

**Der Abfluss finanzieller Mittel** hält allerdings in hohem Tempo unvermindert an. Ein von Leonce Ndikumana von der Economic Commission for Africa und James Boyce von der Universität von Massachusetts verfasster Bericht über Kapitalflucht zeigt, dass auf Grund von Korruption und Aufhebung der Devisenkontrollen in den meisten afrikanischen Ländern die **geschätzte Kapitalflucht aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara zwischen 1970 und 2004 mindestens 420 Milliarden US-Dollar** betrug. Im Vergleich dazu hatten im Jahre 2004 die selben Länder **Auslandschulden in Höhe von 227 Milliarden US-Dollar**.

Aber was bedeutet dies für afrikanische SchuldnerInnen im Jahre 2008? Nach Meinung des IWF haben sich die "*Aussichten für eine Tragbarkeit der Verschuldung*" der ärmeren afrikanischen Länder "*deutlich verbessert; 21 von 34 Länder wurden Ende 2007 (...) als Länder mit einem niedrigen oder moderaten Risiko für einen Zahlungsverzug bewertet*." Das Londoner Forschungsinstitut "**Jubilee Research**" kommt zu anderen Ergebnissen. Selbst auf der Basis der derzeit existierenden Konzepte für den Schuldenerlass benötigten noch 47 Länder einen zusätzlichen 100-prozentigen Schuldenerlass, und weitere 34 bis 58 Länder einen teilweisen Erlass, damit sich der Schuldendienst nicht mehr gravierend auf die grundlegenden Menschenrechte auswirkt.

Einige afrikanische Länder sehen die Lösung in einer **alternativen Finanzierung mit harter Währung**. China beispielsweise gewährt einigen der autoritärsten Regierungen Afrikas Kredite ohne jede Bedingung. Etwas hoffnungsvoller ist die Überlegung Venezuelas, einen Vorschlag zur Ersetzung und Ablösung des IWF zu unterbreiten, ähnlich wie dies 2006 in Argentinien geschehen ist. In diesem Fall erschiene es sogar möglich, dem Währungsfonds die Kredite frühzeitig zurückzuzahlen oder sogar die Zahlungen ganz einzustellen.



## Der IWF hat ein eklatantes Glaubwürdigkeitsproblem

In anderen afrikanischen Ländern haben sich progressive soziale Bewegungen für eine **Verweigerung der Schuldzahlung** ausgesprochen. Für die Einführung einer linken alternativen afrikanischen Finanzierungsstrategie ist der von der Basis ausgeübte Druck von wesentlicher Bedeutung. Dazu müssen zwei Arten von Zivilgesellschaft gestärkt und koordiniert werden, und sie müssen zunehmend militant auftreten: Einerseits geht es um die "gemäßigten" Kräfte, die sich mit dem Thema Schuldenerlass beschäftigen und ihre Basis in international vernetzten NGOs haben. Diese Kräfte haben in der Vergangenheit selten oder nie eine auf Störungen oder Blockaden ausgerichtete Taktik benutzt. Auf der anderen Seite geht es um die Kräfte, die mit kurzfristig durchgeführten "Anti-IWF-Riots" auf das System reagieren.

Die **Anti-IWF-Riots**, die in den 1980-90ern mehrere afrikanische Länder erschütterten, speisten sich häufig aus einem Ausbruch aufgeregter Wut und hatten den Effekt, dass einige Regierungen nicht mehr so fest im Sattel saßen. Der Sturz von Präsident Kenneth Kaunda in **Sambia** wurde beispielsweise durch solche Proteste ausgelöst. Sein 1991 an die Macht gekommener Nachfolger, der ehemalige Gewerkschafter Frederick Chiluba, setzte jedoch noch härtere IWF-Maßnahmen durch. Die meisten dieser gegen den IWF gerichteten Proteste konnten nicht durchgehalten werden. Die am Thema **Schuldenerlass** orientierten Organisationen sind jedoch mittlerweile immer stärker vernetzt. Dies ist vor allem ein Ergebnis der 2005 durchgeführten Kampagne "**Global Call to Action against Poverty**" ("Deine Stimme gegen Armut"), die durch Appelle an die nationalen afrikanischen Eliten und einen naiven Appell an das G8-Treffen im schottischen Gleneagles (letztlich gescheiterte) Strategien zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele entwickelte.

Seitdem haben sich die AktivistInnen immer enger vernetzt und an Substanz gewonnen. Dazu trugen vor allem zwei Ereignisse in Nairobi bei: das **Weltsozialforum** im Januar 2007 und die Gründung afrikanischer Sektionen des Netzwerks **Jubilee South** im August 2008. Möglicherweise werden diese Netzwerke zur erfolglosen Strategie der "reformistischen Reformen" im Stile der Kampagne "Deine Stimme gegen Armut" zurückkehren und in dem Moment an Einfluss verlieren, in dem sie kleine und unwesentliche Veränderungen erreichten. Andererseits könnten die Netzwerke sich der Herausforderung von "nicht reformistischen Reformen" stellen, indem sie Orte ausfindig machen, an denen die Logik des Finanzsystems auf den Kopf gestellt werden kann.

Das eindrucksvollste Beispiel dafür ist wohl die **südafrikanische Kampagne zum Boykott von Schuldverschreibungen in den frühen 1990er Jahren**, bei der sich AktivistInnen aus Dutzenden von Townships solidarisch unterstützten. Die einzig vernünftige Reaktion bestand damals darin, sich kollektiv zu weigern, die hypothekarisch gesicherten Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Dieses Vorgehen war bereits ein Vorgeschmack auf die zwischen 1995 und 1996 von über einer Million **MexikanerInnen** verfolgte Strategie der Kampagne "El Barzon" (spanisch für "Joch"). Die Leute waren damals in eine Art Schuldknechtschaft geraten, als die Zinssätze Anfang des Jahres 1995 innerhalb von wenigen Tagen von 14 auf 120 Prozent stiegen. Sie sagten schlicht: "**Ich kann nicht zahlen, und ich werde nicht zahlen.**" Dieser Slogan war Anfang 2002 auch in **Argentinien** zu hören, nachdem durch weit verbreitete Proteste in einer einzigen Woche vier Präsidenten aus dem Amt gejagt worden waren. Der anhaltende Druck von der Straße zwang die Regierung, Zahlungen auf 140 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden einzustellen, um die Auszahlung von Sozialausgaben zumindest teilweise aufrechtzuerhalten. Dies war die größte Insolvenz eines Staates aller Zeiten.

Stattdessen möchten **die globalen Eliten im November in New York und Washington** die Finanzarchitektur der Welt neu gestalten. Eine Idee besteht darin, ein paar Vermittler-Regimes, China, Indien, Brasilien und Südafrika, aus Legitimitätsgründen (und wegen des Zugangs zu umfangreichen Dollarreserven) den G8-Staaten hinzuzufügen. AktivistInnen sollten sich überlegen, ob sie diese Veranstaltung nicht in ein "Seattle" verwandeln. Schließlich waren afrikanische soziale Bewegungen und ein paar patriotische afrikanische Handelsminister vor neun Jahren beim Gipfel der Welthandelsorganisation in Seattle nicht nur anwesend, sondern sie trugen maßgeblich zum Scheitern des Gipfels bei. Eine große Gefahr für die Zivilgesellschaft bestünde in der Akzeptanz einer von der UN gesponserten Veranstaltung zur Durchführung reformistischer Reformen. Die 2002 in Monterrey in Mexiko durchgeführte UN-Konferenz zur Entwicklungsförderung hat den Finanzen der südlichen Halbkugel erheblichen Schaden zugefügt. Wesentliche Berater dieser Konferenz waren damals Michel Camdessus (der ehemalige geschäftsführende IWF-Direktor) und Trevor Manuel. Manuel ist derzeit für einen hohen IWF-Posten im Gespräch.

### New York zu Seattle machen: Weltfinanzgipfel im November

Auch im eigenen Land kann gegen das globale Finanzsystem vorgegangen werden. Der Ansporn dazu kann von weitsichtigen

zivilgesellschaftlichen AktivistInnen kommen, beispielsweise denjenigen, die vom Norden Entschädigungszahlungen für Apartheid, Kolonialismus, Sklaverei und "ökologische Schulden" fordern. Afrika muss erneut nationale Devisen- und Einfuhrkontrollen verhängen, wie dies in den vergangenen Jahren erfolgreich von Malaysia, Chile und Venezuela durchgeführt wurde.

Derzeit purzeln die Rohstoffpreise von ihren spekulationsbedingten Höhen der finanziellen Blase der Jahre 2002 bis 2007, und die Handelsabkommen mit dem Norden werden als eindeutig nachteilig enthüllt. Das Handelsfinanzsystem gerät zunehmend in Schwierigkeiten, weil die Banken sich aus Misstrauen gegenseitig kein Geld mehr leihen. Der Zufluss von "heißem Geld" versiegt immer mehr; außerdem tun sich neue Quellen für harte Währungen auf. In dieser Situation werden die Argumente für eine Strategie der "Abkoppelung", wie es der größte afrikanische politische Ökonom, Samir Amin, formuliert hat, immer zwingender.

Dieser Prozess hat bereits begonnen, und ein großer Teil des Danks dafür gebührt der Zivilgesellschaft für ihr Engagement.

*Übersetzung: Edward Viesel*  
Der Artikel erschien im MRZine, dem Online-Magazin der [Monthly Review](#) und wurde von Edward Viesel übersetzt und redaktionell gekürzt.  
ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 533 / 21.11.2008

### Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt! (2016)



Laut [erlassjahr.de](#) sind derzeit 108 Entwicklungs- und Schwellenländer überschuldungsgefährdet. Mit der Kampagne fordert [erlassjahr.de](#) die G20 auf, die sich aufbauenden Schuldenkrisen im Globalen Süden als Gefahr für das Erreichen der vereinbarten globalen Entwicklungsziele anzuerkennen.

Im Gipfeljahr 2017 plant [erlassjahr.de](#) Aktionen rund um den G20-Gipfel in Hamburg und das G20-Finanzministertreffen in Baden-Baden. Die Kampagne „Debt20“ wird bereits von rund 150 Organisationen unterstützt.

<http://erlassjahr.de/kampagne/debt20/>

# Die Zeit ist reif: Das Casino schließen

Attac - Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen, Sept. 2008

Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Italien, Attac Marokko, Attac Norwegen, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Schweden, Attac Schweiz, Attac Spanien, Attac Ungarn.

„Entmachtet die Märkte!“ Als Attac 1998 gegründet wurde, bezog sich dieser Slogan auf die Finanzkrise in Asien. Inzwischen haben wir weitere Finanzkrisen erlebt: in Russland, Brasilien, Türkei, Argentinien und das Platzen der *New Economy*-Blase 2001.

Mittlerweile befinden sich die reichen Länder mitten in der schwersten Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929. (...) Der Crash bestätigt leider die Prognosen von heterodoxen Experten, wie dem Nobel-Preisträger Joseph Stiglitz, oder von Attac, sozialen Bewegungen und anderen Kritikern. Sogar den Aufsichtsbehörden war bewusst, dass das System riskant war, aber es fehlte der Wille zu handeln und dem herrschenden Glauben an die Fähigkeit des Marktes zur Selbstregulierung entgegenzutreten.

Jetzt, unter dem Druck der Krise, ruft sogar der Mainstream der Finanzwelt nach Reformen. Aber dessen Vorschläge greifen zu kurz, da sie die systemischen Ursachen, die Krise zugrunde liegen, nicht anpacken. Sie beziehen sich vor allem auf den Finanzsektor und dessen Stabilitätsprobleme. Das reicht nicht. Der Finanzkapitalismus hat nämlich auch katastrophale Auswirkungen auf Verteilung und Demokratie. Banker rufen jetzt nach dem Staat. Aber tatsächlich geht es ihnen nur um die Vergesellschaftung der Verluste, während die Profite weiterhin in private Taschen wandern sollen. Das Rettungspaket der USA – mit mehr als 700 Milliarden US Dollar das größte in der Menschheitsgeschichte – und ähnliche Programme in Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern zeigen deutlich diese Logik. Wenn die Finanzwelt von Reformen redet, meint sie bestenfalls Regulierung in einigen Teilbereichen und kurzfristiges Krisenmanagement. Damit soll der neoliberale Kurs aufrechterhalten und nach einiger Zeit wieder zu *Business as usual* zurückgekehrt werden.

Was dagegen die Mehrheit der Menschen braucht, sind reale Veränderungen hin zu einem anderen wirtschaftlichen Leitbild, bei dem das Finanzsystem zu sozialer Gerechtigkeit, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung beitragen muss. Wir können es nicht zulassen, dass man in den kommenden Jahren wieder zu den alten Zuständen zurückkehrt.

Die Krise ist nicht das Ergebnis einiger unglücklicher Umstände. Sie kann auch nicht auf das Versagen von Finanzaufsicht, Rating-Agenturen oder einzelner Akteure reduziert werden. Sie hat systemische Wur-

zeln. Deshalb müssen die Strukturen und Mechanismen des Systems generell in Frage gestellt werden.

Finanzmärkte bilden das Zentrum und die treibende Kraft der neoliberalen Globalisierung. Dies führte dazu, dass der Finanzsektor Dominanz über die übrige Wirtschaft erlangte. Dies geschah als Folge der 1973 eingeführten freien Wechselkurse zwischen den großen Währungen, der Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen, der konsequenten Liberalisierung der Finanzmärkte und der Deregulierung der Finanzindustrie.

All dies ging einher mit der Etablierung sog. „unabhängiger“ Aufsichtsbehörden, die damit aber nur das Ziel starker und erfolgreiche Lobby der Finanzindustrie wurden. Seitdem erlebten die Finanzindustrie und ihre „innovativen“ Instrumente ein rasantes Wachstum. Die Masse von Finanzvermögen, von Schulden und die weltweite Suche nach Profiten wuchsen gleichermaßen. 2001 beschleunigte sich dieser Prozess enorm, als die USA einen Ausweg aus der Krise der *New Economy* fanden, indem sie einen dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung und des Leistungsbilanzdefizit herbeiführten. Finanziert wird das Doppeldefizit durch den Rest der Welt.

## Finanzkapitalismus - das neue Modell

Zusammengenommen haben all diese Entwicklungen zur Etablierung eines neuen ökonomischen Modells, einer neuen Form von Kapitalismus geführt, die von einigen als *Finanzielle Globalisierung*, von anderen als *Finanzkapitalismus* oder *Shareholder Kapitalismus* bezeichnet wird. Wie immer man das neue System nennt, klar ist: während früher die Finanzmärkte eine nachgeordnete und Dienstleistungsrolle gegenüber der Realwirtschaft spielten, hat sich diese Beziehung jetzt umgekehrt.

Der Zugriff von „Finanzinteressen“ auf die Realwirtschaft erweiterte sich enorm, indem alle wirtschaftlichen Aktivitäten an den Maximalprofiten auf den Finanzmärkten gemessen wurden. Es wurden Finanzinstrumente entwickelt, die der Erwirtschaftung von Renditen ausschließlich auf den Finanzmärkten dienen. Nachhaltige Industrieproduktion und Landwirtschaft sowie stabile Sparmöglichkeiten für die Lohnabhängigen wurden dagegen vernachlässigt. Die Logik und Dynamik der kurzfristigen Profitmaximierung drang in alle Poren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ein.

Die uneingeschränkte Mobilität des Kapitals, die von der neoliberalen Politik ermöglicht wurde, spielt heute eine entscheidende Rolle in der Weltwirtschaft. Sie erzeugt globalen Wettbewerb nicht nur unter transnationalen Konzernen, sondern auch zwischen den Nationalstaaten, zwischen deren Sozial- und Finanzsystemen sowie unter den Arbeitern in den verschiedenen Regionen des Planeten. Indem die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Konzerne verschoben wurden, verschärfte sich die soziale Ungleichheit, schrumpfte die Beschäftigung, wurden Sozial- und Umweltstandards abgesenkt sowie öffentliche Güter und Dienstleistungen privatisiert.

Kurzum, die „Freiheit“ von Finanzakteuren wurde auf Kosten der Mehrheit der Menschen ausgeweitet und führte zu einer Wirtschaft, die die Umwelt massiv zerstört. Aber das Scheitern dieses Modells war noch nie so offensichtlich wie heute, da wir gleichzeitig drei Krisen erleben: Finanzkrise, Nahrungsmittelkrise, Klima- und die Energiekrise. Dieses Modell, das von Regierungen weltweit und jahrelang gestützt wurde, ist heute völlig diskreditiert. Deshalb müssen jetzt klare Konsequenzen gezogen werden: dieses umweltschädliche und ungerechte Finanzsystem muss komplett umgebaut und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit ausgerichtet werden.

Die Krise eröffnet eine historische Chance. Es wird vom Druck der öffentlichen Meinung abhängen, ob ein wirklicher Kurswechsel erreicht wird.

## Ein anderes Finanzsystem ist möglich: Stabilität und Solidarität vor Profiten

Aufgrund der Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems, ist es unmöglich die Probleme mit einem einzigen Instrument zu lösen. Es gibt keinen Archimedischen Punkt. Ein ganzer Instrumentenkasten wird benötigt.

Dennoch können wir angesichts Hunderter von Einzelvorschlägen, die in der nächsten Zeit gemacht werden und die alle kontrovers sein dürften, einige grundlegende Kriterien formulieren, denen die einzelnen Vorschläge genügen müssen, wenn sie für eine emanzipatorische Reform in Frage kommen sollen.

## A. Systemische Veränderungen statt Reparatur an einzelnen Teilen

(...) Eines unserer Hauptziele muss es sein, die tragenden Säulen des Neoliberalismus zum Einsturz zu bringen, insbesondere die weltweite Mobilität des Kapitals. Demgegenüber zielen die meisten regulatorischen Maßnahmen des Mainstreams darauf, die vermögensbasierte Kapitalakkumulation zu erhalten. Sie beschränken sich auf Finanzstabilität und den Schutz der Reichen. Oberflächliche Reformen aber, z.B. „Transparenz“, sind inakzeptabel.

## B. Neues Bretton Woods anstatt „sich selbst regulierender Märkte“

(...) Ein geeignetes institutionelles Setting unter Federführung der UNO muss geschaffen werden, das eine strikte Regulierung und Umorientierung des Finanzsystems ermöglicht. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf demokratische Kontrolle und auf den aktiven Einsatz für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie Krisenprävention statt -reaktion zu legen. So sollte z.B. die UNO und nicht der IWF das Mandat zur Aufsicht über das Weltwirtschaftssystem erhalten. Dazu muss auch die Fähigkeit zum regulatorischen Eingriff gegenüber hohen Handelsbilanzdefiziten, Verschuldung und Zahlungsbilanzdefiziten gehören (wie gegenwärtig bei den USA). Eine solche UN-Institution sollte auch darüber entscheiden, ob und inwieweit Finanzdienstleister, Finanzprodukte und Dienstleistungen liberalisiert werden und inwieweit die Mobilität des Kapitals einzuschränken ist. Dies würde auch bedeuten, dass solche Entscheidungen nicht mehr in der WTO und über das GATS oder bilaterale Freihandelsabkommen getroffen würden, wie das gegenwärtig der Fall ist. Die Finanzaufsicht auf nationaler Ebene und internationale Kooperation zwischen den Regulierungsinstitutionen und Aufsichtsbehörden, vor allem innerhalb der EU, müssen gestärkt und demokratisiert werden. (...)

Es müssen weltweit Grenzen für unregulierten Freihandel und uneingeschränkte Kapitalmobilität gesetzt werden. Das Dogma vom „freien Fluss“ von Gütern, Dienstleistungen und Kapital muss durch differenzierte Ansätze ersetzt werden. In zukünftigen internationalen Abkommen müssen Finanzstabilität, Steuergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Vorrang vor freiem Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr haben. Soziale Rechte und historische Errungenschaften der Lohnabhängigen dürfen von solchen Abkommen nicht mehr untergraben werden: im Gegenteil, sie müssen internationale Solidarität anstelle von Wettbewerb stärken.

## C. Die Dominanz der Finanzmärkte brechen

(...) Einige dafür geeigneten Instrumente sind:

- Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen, inklusive Währungstransaktionen. (...);
- nationale Regierungen sollen parallel dazu eine Steuer auf den Sekundärhandel mit Aktien einführen, um Spekulation zu unterbinden;
- weltweites Verbot bzw. die Zerschlagung von Finanzkonglomeraten, die im Falle eines Bankrotts systemische Effekte haben („too big to fail“);
- progressive Besteuerung von Kapitaleinkünften. Eine der Hauptursachen für die Blasenbildung auf den Finanzmärkten ist die extreme Konzentration von Reichtum. (...);
- noch bevor *Umverteilung* nötig wird, muss die Wirtschaftspolitik bereits eine gerechte *Verteilung* gewährleisten: Löhne dürfen nicht langsamer als die Produktivität wachsen (außer bei Arbeitszeitverkürzung) und Arbeit muss fair verteilt sein;
- die Privatisierung der Daseinsfürsorge und wichtiger Infrastruktur, wie z.B. Energieversorgung oder Eisenbahnen, muss gestoppt und, wo sie bereits erfolgt ist, rückgängig gemacht werden. Auch die Privatisierung der Altersversorgung muss rückgängig werden.

## D. Abfederung der Krisenfolgen für die Realwirtschaft und das Verursacherprinzip - „Spekulanten zur Kasse bitten“

Da die Finanzkrise die Realwirtschaft und die Gesellschaft bereits erfasst hat, werden dringend Konjunkturprogramme benötigt, um die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft abzufedern.

Angesichts des Ausmaßes der Krise, sind Rettungspakete unumgänglich, um den totalen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Allerdings müssen diese Rettungspakete strikt an Bedingungen geknüpft sein. Jede Form von *moral hazard* (2) muss ausgeschlossen werden. In den Fällen, wo die Rettungspakete auch ohne Verstaatlichung funktionieren, müssen die Kosten von den Aktionären zurückgezahlt werden – inklusive Zinsen. Unternehmen, die dazu nicht in der Lage sind, gehen teilweise oder ganz in öffentliche Hände über.

Die Kosten der Liquiditätsspritzen und Rettungspakete sind in erster Linie von jenen zu tragen, die für die Krise verantwortlich sind und sich seit Jahren bereichern konnten. (...)

Zusätzlich müssen öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur und Umwelt fließen, da diese Sektoren unter chronischer Unterfinanzierung leiden.

Damit würde zugleich Beschäftigung geschaffen und die ökologische Wende unterstützt.

## E. EU reformieren. Demokratische Kontrolle über die Europäische Zentralbank

Im Lissabonvertrag und anderen Verträgen ist alles was das Finanzsystem betrifft, vom neoliberalen Dogma bestimmt. Artikel 63 zur Funktionsweise der Europäischen Union (ex art. 56 ECT), der jegliche Beschränkung von Kapitalflüssen innerhalb von EU, sowie gegenüber Drittländern verbietet und damit die Dominanz der Finanzen auf die Gesellschaft festschreibt, muss geändert werden. Es gibt gute Gründe, die Kapitalmobilität teilweise einzuschränken: damit wird Finanzstabilität gewährleistet, Steuerhinterziehung und Steuerwettbewerb verhindert und eine beschäftigungsfreundliche Finanzpolitik ohne das Risiko von Kapitalflucht ermöglicht. Wir fordern auch die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit (Art. 49), die es dem Kapital ermöglicht, dorthin zu gehen, wo es die günstigsten Bedingungen findet, und es Finanzinstitutionen z.B. erlaubt, sich in die Londoner City oder andere Steuerparadiese zu flüchten. Finanzregulierung und -aufsicht in der EU und in den Mitgliedsstaaten, müssen grundsätzlich verändert werden. Statt am Vorrang für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Finanzindustrie müssen sie sich an den höchsten Standards orientieren. Die Anpassung nach unten – *race to the bottom* – muss aufhören.

Die nationalen Parlamente müssen regelmäßig prüfen, ob die Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzindustrie angemessen ist. Das Europäische Parlament muss das Recht bekommen, Regulierungen einzuführen. (...)

Darüber hinaus ist es notwendig die Geldpolitik der EZB zu ändern. (...) Wir fordern die demokratische Kontrolle dieser Institution, deren Politik einen gewaltigen Einfluss auf das Schicksal der Bevölkerung hat. Wir lehnen die Fixierung der EZB auf die Begrenzung der Konsumpreisstabilität auf max. 2% ab. Dies ist eine der tragenden Säulen der neoliberalen Politik. Stattdessen wollen wir, dass die EZB sich auf Beschäftigung und gerechte Verteilung konzentriert. (...)

Für eine Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesellschaft ist es überdies zwingend notwendig, die Lobbyisten der Finanzindustrie und der großen Konzerne sowie deren „Beratungstätigkeit“ zu kontrollieren, einzuschränken und für vollständige Transparenz zu sorgen.

## F. Reformen im Kernbereich des Systems (...)

Vollständiger Text in [SiG 70](#)

# Alexis Passadakis, Werner Rätz und andere Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?

Vorstellungen und Forderungen zivilgesellschaftlicher Bewegungen, November 2008

1.

„Nach der globalen Finanzkrise wird die Welt eine andere sein“ – diese Einschätzung ist im Herbst 2008 weit verbreitet. In der Tat: Eine andere Welt ist möglich. Welche das allerdings sein wird, bleibt höchst umkämpft.

In einer Weltwirtschaftskrise, in der riesige Vermögen vernichtet werden, Märkte zusammenbrechen und Massenarbeitslosigkeit grassiert, steckt der Neoliberalismus in einer Krise, von der er sich vermutlich nicht mehr erholt. Deregulierung ist keine Botschaft mehr in einer Zeit, in der der Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte nur durch massive staatliche Interventionen und neue Formen der Regulierung verhindert werden kann.

Aber machen wir uns nichts vor: Das Ende dieser ein Vierteljahrhundert äußerst mächtigen Ideologie kehrt nicht einfach die ökonomischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse um und öffnet nicht allein eine Tür in Richtung sozialen, ökologischen und friedensstiftenden Fortschritts.

## Das Ergreifen der Chancen für eine bessere Welt beginnt mit Aufklärung.

Beispielsweise über die ökonomisch und politisch herrschenden Klassen, die bis heute die Mittel für die Beseitigung von Kinderarmut verweigern, während binnen Stunden das Zehnfache für die Rettung einzelner Banken mobilisiert wird.

Über jene Kräfte, die zu verantworten haben, dass Gewinn- und Vermögenseinkommen immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, während immer dringlichere öffentliche Zukunftsinvestitionen selbst in Zeiten wieder steigender Massenarbeitslosigkeit unterbleiben.

Über eine Welt, in der die reichen Regionen sich abschotten gegen die infolge von Ressourcentransfer und der globalen Energie-, Nahrungsmittel- und Finanzmarktkrise gleich mehrfach ausgebeuteten Länder des Südens, die schließlich auch noch als erste die Folgen des Klimawandels zu tragen haben.

Nicht zuletzt über eine Welt, in der Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte neue Höchststände erreicht haben.

Wir wollen die Chancen der Aufklärung ergreifen. Wir wollen am Neuaufbau einer Welt mitarbeiten, in der die Menschen in die Lage versetzt werden, solidarisch ihre Probleme zu lösen.

2.

Aufklärung heißt, **schonungslos Bilanz zu ziehen**. Nur so kann aus der Geschichte ge-

lernt werden. Nur so können Fehler künftig vermieden werden. Unsere Bilanz lautet: Die in Deutschland im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts betriebene Politik ist desaströs. Es war diese Politik, die die Gesellschaft in eine tiefe Krise hineinmanövriert hat – und dies nicht nur in ökonomischer Hinsicht.

Die **soziale Krise** besteht darin, dass Armut in einem der reichsten Länder der Welt wachsende Teile der Bevölkerung erfasst hat. Armut, die Entwicklungschancen, Lebensperspektiven und einen umweltgerechten Lebensstil gar nicht erst entstehen lässt. Armut, die Erwartungen eines gesicherten Lebens im Alter zerstört. Armut, die auch für eine wachsende Zahl Arbeitsloser, Ein-Euro- und Mini-Jobber, Leiharbeiter und Beschäftigte in den wachsenden Niedriglohnssektoren zur Erfahrung macht, was für einen Großteil der Frauen immer schon bittere Realität war: Erwerbsarbeit sichert keinen eigenständigen Anspruch auf ein auskömmliches Leben mehr.

Die **gesellschaftliche Krise** manifestiert sich in dem fortschreitenden Verfall der sozial-kulturellen Infrastruktur der Republik – von Schulen über nichtkommerzielle Freizeitanlagen bis zu Pflegeeinrichtungen. Die Streichung öffentlicher Investitionen und die Vermarktlichung aller Lebensbereiche verhindert eine vorausschauende öffentliche Daseinsvorsorge ebenso wie eine nachhaltige, ressourcenschonende Umweltpolitik. Der Widerspruch ist mit Händen zu greifen: Während der Sozialstaat kleingerechnet wird, verabschiedet sich die so genannte Elite von der Aufgabe der Finanzierung des Gemeinwesens, das nun auch noch genötigt ist, die Spekulationsgeschäfte der Banken mit Milliardenkrediten abzusichern.

Die **politische Krise** findet ihren Ausdruck in einer sowohl wettbewerbsorientierten wie nach innen autoritären und nach außen militaristischen Ausrichtung des Staates. Und sie wird artikuliert durch zunehmende Wahllöcher. Die Verselbständigung der politischen Klasse – und nicht in erster Linie eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten im Prozess der Globalisierung – ist der Grund für die offenkundige Krise der politischen Repräsentation und die parteipolitischen Umgruppierungen im politischen System.

3.

In dieser Zeit einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, die Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise der

1930er Jahren weckt, **kommt den fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft große politische Bedeutung zu**.

Die Akteure der Zivilgesellschaft stecken jedoch selbst in der **Defensive**: indem die Ressourcenausstattung für Verbände, Initiativen, Bewegungen, Selbsthilfeeinrichtungen usw. prekärer wird, soziale Fragmentierung neue Bündnisstrukturen untergräbt, Kommunikation und Verständigung dem Primat einer hoch konzentrierten Medienwirtschaft unterworfen sind und die tradierten Bildungsinstitutionen soziale Auslese und Spaltung reproduzieren.

## Das Ende der Hegemonie des Neoliberalismus bietet neue Chancen.

Die Zivilgesellschaft ist der zentrale Ort, in dem die Kämpfe um eine neue Hegemonie ausgetragen werden.

Wichtig ist daher ein Verständigungsprozess unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren über Grundlinien sozial emanzipatorischer, ökologisch nachhaltiger und global friedensstiftender Entwicklungsperspektiven.

Dabei gehen wir erstens davon aus, dass die Erneuerung der Gesellschaft kein rein marktgesteuerter Prozess sein kann – Fortschritt hat vielmehr marktbegrenzenden Charakter.

Wir sind zweitens der Auffassung, dass wir nicht mehr in einer Gesellschaft des Mangels, sondern des materiellen, sozialen und kulturellen Reichtums leben, in der Armut und soziale Ausgrenzung keine Zukunft mehr haben dürfen.

Wir sehen drittens, dass Arbeit für Alle und soziale Gerechtigkeit nur im Rahmen eines nachhaltigen ökologischen Umbaus der Wirtschaft zu erreichen sind. Abkehr von rein quantitativen Wachstumsprozessen, Umverteilung im europäischen und globalen Rahmen und eigenständige Sicherheiten für den Zugang zu einem guten Leben für alle müssen Elemente eines solchen Prozesses sein.

4.

Willensbildung und Bündnisperspektiven der zivilgesellschaftlichen Kräfte erfolgen weder durch ein einzelnes, alles andere prägendes Thema, noch durch eine Addition von spezifischen Interessenlagen.

Es gibt jedoch eine recht stabile Gewichtung gemeinschaftlich empfundener Problemlagen, die politisch kommuniziert und mit entsprechenden Deutungsangeboten versehen werden müssen. Dazu zählen **sichere Arbeitsplätze, Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit, Demokra-**

**tisierung der Wirtschaft, ökologische Nachhaltigkeit und globale soziale und ökologische Rechte.** Die übergreifende Perspektive ist die der **Rekonstruktion und Mobilisierung einer solidarischen Gesellschaft.**

Die Krise der internationalen Finanzmärkte hat gezeigt, dass eine extrem ungleiche Verteilung des Reichtums die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens untergräbt und so wie die Gesellschaft im Innern auch die Welt in wenige reiche Länder und die Habenichtse an deren Peripherie spaltet. Die Akkumulation riesiger Vermögen in Privatbesitz ist kein Ausweis von wirtschaftlicher Tüchtigkeit und Effizienz; der Finanzmarktkapitalismus zersetzt vielmehr die realwirtschaftlichen Reproduktionsverhältnisse.

Die ökonomische Entwicklung bedarf gesellschaftlicher Steuerung. Eine solidarische Gesellschaft braucht eine solidarische Verteilung des Reichtums. Nur so kann sichergestellt werden, dass hinreichend Mittel für die öffentliche Lösung der gesellschaftlichen Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stehen.

Unseres Erachtens sollte auf einer Agenda der zivilgesellschaftlichen Bewegungen stehen:

- **Gute Arbeit:** ein politisches Projekt, das einen Bogen schlägt von der Bekämpfung prekärer Arbeit in wachsenden Niedriglohnssektoren bis zu den immer öfter frustrierten Bedürfnissen Höherqualifizierter nach professioneller Entfaltung, und dabei nicht nur die Erwerbsarbeitsperspektive sondern ebenso die Sektoren der Erwerbslosen (Hartz IV u.a.) im Focus hat. *Gute Arbeit* ist ein Gegenprojekt zum Programm „Hauptsache Arbeit“, mit dem arbeitsmarktpolitische Repression, Prekariisierung und Lohnsenkungen legitimiert werden. *Gute Arbeit* ist ein Projekt, das gegen wettbewerbs- und standortpolitische Vereinnahmungsversuche profiliert werden kann und die Perspektive eines Umbaus der Wirtschaft entlang ökologischer Erfordernisse und gesellschaftlicher Bedürfnisse stark macht. *Gute Arbeit* ist ein bereits profiliertes Querschnittsprojekt, das unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure – von der Gewerkschaftsbewegung über Sozialverbände bis zur Umweltbewegung – zusammenbringt.

Ein auf Klimaschutz und nachhaltigen Ressourceneinsatz gerichtetes ökologisches Umbauprogramm könnte eine seiner weiteren Konkretisierungen sein. Dabei wäre auch eine Auseinandersetzung mit der Frage notwendig, was produziert werden soll und wie wir das gesellschaftlich organisieren wollen.

- **Soziale Gerechtigkeit:** Hierunter fallen politische Projekte, die vom gesetzlichen Mindestlohn über die Abschaffung von Hartz IV bis zu lebensstandardsichernden

Renten. *Soziale Gerechtigkeit* steht für den Zugang zu qualitativ hochwertigen medizinischen Leistungen nicht nur bei uns, sondern für alle Menschen. *Soziale Gerechtigkeit* steht für eine soziale Grundversicherung, die auch die vielen Erscheinungsformen verdeckter Armut, Ausgrenzung und Spaltung bekämpft. *Soziale Gerechtigkeit* steht für einen leistungsfähigen Sozialstaat, der als Bürgerversicherung individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Teilhabe für Alle ermöglicht. Daseinsvorsorge ist eine öffentliche Aufgabe, in der private Gewinninteressen nichts verloren haben.

*Soziale Gerechtigkeit* erfordert Verteilungsgerechtigkeit zwischen Lohn-, Gewinn- und Vermögenseinkommen; ein Steuersystem, das von Oben nach Unten umverteilt, Schlupflöcher stopft und die Privilegierung von Vermögen beendet, überkommene Strukturen diskriminierender geschlechtlicher Arbeitsteilung (z.B. durch das Ehegattensplitting) beseitigt und hinreichend Ressourcen zur Finanzierung wachsender öffentlicher Aufgaben erschließt. Mit Konzepten wie der solidarischen Einfachsteuer liegen Alternativen vor und sind Bündnisperspektiven geknüpft.

- **Bildung für Alle:** Projekte mit einer Vielzahl von Einzelthemen und -initiativen, die kommunikativ vernetzt werden könnten: PISA, ein antiquiertes Schulsystem, fehlende öffentliche Investitionen, G8, Studiengebühren usw. Gerade das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem ist dadurch charakterisiert, dass soziale Disparitäten nicht abgebaut, sondern noch verstärkt werden. Dieses System ist meilenweit von einem Anspruch auf Chancengerechtigkeit entfernt, wie Vergleiche insbesondere mit einem integrierten Bildungssystem in den skandinavischen Ländern zeigen. In diesen Vergleichen wird auch deutlich, welchen Anteil lebensbegleitende Weiterbildung an individuellem und gesellschaftlichem Fortschritt hat. Auch das herkömmliche System der dualen Berufsausbildung wird den Anforderungen einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft seit langem nicht mehr gerecht. Deshalb ist Bildung für Alle zu einem verschiedenen Bevölkerungsklassen übergreifenden Zukunftsthema (auch in Wahlkämpfen) geworden.

- **Globale soziale und ökologische Rechte:** Projekte, in denen die globalen Widerspruchsdimensionen aufgegriffen werden: Hunger und Verelendung, die Krisen- und Ausbeutungsprozesse hochspekulativer internationaler Finanzmärkte, die globale Klimaveränderung, die mit Hochrüstung einhergehenden weltweiten Geschäfte der Rüstungsindustrie und zunehmenden Militärinterventionen.

Forderungen nach Re-Regulierung der Finanzmärkte, Schuldenstreichung für Länder des Südens, global wirksamen Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung und die unterschiedene Verteidigung der Menschenrechte können hierzulande mit der „Verantwortung“ eines erneuerten Europas verknüpft werden – ein Europa, das als neoliberale Deregulierungsgemeinschaft in eine politische Legitimationskrise bugsiert worden ist.

Die Alternativen neues Europäisches Sozialmodell, Friedensmacht Europa und Trendsetter im Klimaschutz durch transnationale Projekte eines nachhaltigen, ressourcenschonenden Umbaus der Wirtschaft drücken noch mehr Hoffnungen als Realitäten aus. Vor allem die Perspektive auf eine demokratische selbstbestimmte Europäische Union hat durch das Festhalten am autoritären Projekt der Verfassung ebenso Schaden erlitten wie durch die rasante Militarisierung von Außenpolitik und Außengrenzen. Die Europawahlen 2009 böten einen Rahmen, zivilgesellschaftliche Initiativen jenseits der Grenzen der Nationalstaaten zu erkunden, abzusprechen und zu starten.

Die vorstehenden Projekte sind so angelegt, dass sie im Wahljahr 2009 für politische Interventionen genutzt werden können. Sie zielen zugleich aber über die Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen hinaus. Sie bilden einen Rahmen für einen Politikwechsel, den die zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Verbände und Initiativen auch mit weiteren Einmischungen und Aktivitäten durchsetzen wollen.

Frankfurt am Main, November 2008  
In [SiG 70](#) veröffentlicht

**Dialektik der Globalisierung:**



**So viel Wandel war nie**

**SiG 100: Jubiläumsnummer**

mit wichtigen SiG-Artikeln  
der letzten 10 Jahre  
(thematisch geordnet)

# Attac Frankreich G20: Schaumschlägerei

Attac Frankreich analysiert die Abschlusserklärung des G20-Treffens von Pittsburgh(1), September 2009.

(...) Die drei G20-Gipfeltreffen von Washington (November 2008), London (April 2009) und Pittsburgh bestätigen die Meinung der Regierungen der mächtigsten Staaten, dass dem Finanzsystem wieder in den Sattel geholfen werden muss, dass es nicht in Frage gestellt werden darf: Der Glaube in die Fähigkeit der Märkte sich selbst zu regulieren bleibt weltweit unbeschädigt. Allerdings hätte die Schwere der Krise, die sich vom Finanzwesen auf die Wirtschaft, auf den Sozialbereich und die Ökologie erstreckt, als letzte Warnung dienen müssen.

Die Rettung der Banken und des gesamten Finanzsystems ohne jegliche Gegenleistung für die Gesellschaft, die Wiederbelebung der Wirtschaft mit Hilfe von Defiziten in den öffentlichen Haushalten ohne sich über einen ökologischen Entwicklungsweg Gedanken zu machen, die Aus-

flüchte angesichts der Klimakrise, deren Lösung dem Markt überlassen wird, das alles schafft leider die Bedingungen für eine nächste noch schlimmere Krise.

Die Öffentlichen Dienste, die Krankenversicherungen und die Rentenkassen werden in den G20-Staaten unter dem Druck der Versicherungsgesellschaften und der Pensionsfonds - den Hauptakteuren der Finanzspekulation - weiter privatisiert.

Die Kapitaleinkünfte werden nicht begrenzt, demgegenüber müssen die Arbeitseinkünfte weiter auf eine Erhöhung warten. Der G20-Gipfel schweigt sich zu dieser Frage aus, eine Frage, die deswegen so entscheidend ist, weil das außerordentliche Ansteigen der gesellschaftlichen Ungleichheit einer der wesentlichen Gründe für den systemischen Charakter der Krise ist.

Attac bestätigt noch einmal seine radikale Gegnerschaft zu einem räuberischen Wirtschaft- und Finanzsystem, das die gesellschaftlichen Ungleichheiten verstärkt.

## Attac tritt ein:

- für eine Vergesellschaftung des Banken- und Finanzsektors unter einer bürgernahen öffentlichen Kontrolle;
- für eine internationale Besteuerung der Finanztransaktionen;
- für eine strikte Begrenzung der Kapitaleinkünfte;
- für das Herausnehmen der globalen öffentlichen Güter aus dem Markt;
- für eine globale Regulierung der Finanzmärkte, der Wirtschaft und der Ökologie (insbesondere des Klimas) unter der Schirmherrschaft der UNO.

Vollständiger Text in [SiG 77](#)

(1) [Abschlusserklärung](#) auf Englisch

## Christa Wichterich, 2009 Krisen, Kapital und Kosten: Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen

(...) Die Expansionsstatistiken und Handelsbilanzen zeigen nicht, dass kapitalistische Wertschöpfung überall auf Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von überwiegend unbezahlter und von Frauen geleisteter **Sorgearbeit** und sozialer Sicherungsnetze einerseits und der regenerativen Kräfte der **Natur** andererseits funktioniert. Die Märkte setzen diese sozialen und natürlichen Leistungen voraus und eignen sie sich ständig an, ohne Entgelt oder gnadenlos unterbezahlt wie personennahe Dienstleistungen, z.B. Altenpflege, weil sie angeblich „unproduktiv“ sind.

Die Logik von Wachstum und Profit – das eherne Gesetz kapitalistischer Märkte – funktioniert durch einen **doppelten Mechanismus**: zum einen werden **neue Märkte und Ressourcen** erschlossen, neue Terrains und Methoden des Profitmachens erfunden – wie in der Globalisierung. Die andere Seite der Medaille ist **Kostensenkung** und dazu gehört, dass soziale und ökologische Kosten immer weiter aus den Märkten externalisiert und an die Individuen, sozialen Zusammenhänge und die Natur verschoben werden. Diese Kosten gehen nicht in die Preisbildung ein, was die Waren auf den Märkten so preiswert und den globalisierten Kapitalismus für Konsumenten so attraktiv macht. Je neoliberaler die Politik, desto we-

niger Kontrolle und Regulierung dieser Prozesse.

So erzeugte der Globalisierungsboom Wohlstand und Konsum auch in Ländern des Südens, gleichzeitig aber auch in hohem Maße versteckte soziale und ökologische Kosten, neue Armut, soziale Unsicherheit, Hunger, Ressourcennot und Umweltkatastrophen. Eine gigantische Schere hat sich zwischen Gewinnen und Verlusten geöffnet, und **Frauen schultern überproportional viel von den Verlusten und Kosten**.

(...) Ökonominnen haben am Beispiel der **Asienkrise** von 1997/8 die Bedeutung von Frauen in der Boomphase der Schwellenländer und in der Krise analysiert. Tatsächlich beruhte eine der Wachstumsstrategien des Kapitalismus in der Globalisierung darauf, Frauen und MigrantInnen zu integrieren, meist am unteren Ende der transnationalen Wertschöpfungsketten. In den Schwellenländern waren die jungen Frauen in den Weltmarktfabriken ein komparativer Vorteil, der ausländische Investoren und Aufträge für billige Massenware anzog. Gleichzeitig kam es infolge der Migration in die Metropolen zu einer transnationalen Neuverteilung von Sorgearbeit: mittelständische Frauen überließen das Putzen und Windeln Migrantinnen, die mit ihren Devisenüberweisungen den Staatshaushalt und

die privaten Haushaltskassen daheim auffüllten.

In der Asienkrise fand dann ein „Download“ der Risiken in die Küchen statt, so die feministische Ökonomin Diane Elson. Während Rettungspakete kranke Banken und Konzerne reanimierten, wurden die Kosten des Crashes durch Währungsverfall, Entlassungen und Lohnsenkung an die Privathaushalte verschoben. Unbezahlte Mehrarbeit im Haushalt und den lokalen Gemeinschaften, zwei bis drei Mini-Jobs oder aber Migration waren individuelle Abfederungsstrategien der Prekarisierten, Ausgegrenzten, Subalternen, vor allem der Frauen, um Lücken im Portemonnaie und in der öffentlichen Daseinsvorsorge zu kompensieren. Allein in Indonesien verarmten 40 Millionen Menschen. Ungleichheiten und soziale Spaltungen der Gesellschaften nahmen massiv zu, Abholzung und Ressourcenraub ebenfalls.

Der Politik waren die **sozialen Air-Bag-Leistungen** hoch willkommen. Die südkoreanische Regierung war sich nicht zu schade, die Frauen als Quelle sozialer Reproduktion anzuerkennen, sie mögen die entlassenen Männer „reenergetisieren“, um die Konjunktur wieder anzukurbeln. Und ein Freihandelsabkommen zwischen Japan und den Philippinen öffnete den Markt für „Un-

terhaltungskünstlerinnen“ - sprich: Nachschub für die Prostitution.

Als Reaktion auf die Krise formierten sich von der südkoreanischen „Gewerkschaft“ erwerbsloser Frauen bis zum Volksparlament der Armen in Thailand **heftige Proteste** gegen die Liberalisierung der Märkte, die agrarische Exportpolitik, den ressourcenfressenden Wachstumskurs. Sie forderten eine Demokratisierung von Wirtschaft, Arbeitsteilung und Wohlstandsverteilung. Derweil verkündeten Regierungen und internationale Finanzinstitutionen damals, ihre Lektionen gelernt zu haben: es müsse Transparenz der Finanzmärkte hergestellt, eine neue internationale Finanzarchitektur und soziale Auffangnetze geschaffen werden. Wenig davon geschah.

### **Die Krise wirkt nicht geschlechtsneutral**

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zeigte sich Ende **2008** die Krise bereits mit steigenden Zahlen von Erwerbslosigkeit, von working poor und informell Arbeitenden. Global betrachtet sind Frauen ohnehin schon die Mehrzahl in diesen drei prekären Bereichen und damit schlecht für Krisenzeiten gewappnet. Nicht zu vergessen, dass die Frauen in der Küche einen Zweitjob haben, woran die Mehrbelastung durch Erwerbstätigkeit nichts geändert hat. Knappe Haushaltskassen machen bekanntlich diesen Küchenjob und die Versorgung nicht leichter.

Die „**Erstrundeneffekte**“ der jetzigen Krise wirken sektoral und regional unterschiedlich. Kurz gesagt: in den Industrienationen sind Männer stärker betroffen, in den Entwicklungsländern Frauen. Beispiel Auftrageinbrüche im Exportsektor. Das trifft in Ländern des **Südens** vor allem die Arbeiterinnen in Industrien wie Textilien, Schuhe und Spielzeug. In China standen in den vergangenen Monaten etwa 10 Millionen Wanderarbeiterinnen vor verschlossenen Fabriktoren. Im **Norden** verlieren dagegen Männer in den kapitalintensiven Schlüsselindustrien wie Automobil und Maschinen ihre Jobs. Hinzu kommen Jobverluste im stark

konjunkturabhängigen Baugewerbe. In den USA entfallen derzeit 82 % aller Stellenstreichungen auf Männer. Allerdings trifft es dort auch die Aufsteigerinnen im Dienstleistungssektor, nämlich Frauen in der Finanz- und Immobilienbranche.

Als „**Zweitrundeneffekte**“ werden die staatlichen Ausgaben wegen der Verschuldung und die privaten Ausgaben wegen sinkender Beschäftigung und Entlohnung zurückgehen. Eine neue Welle des Kleinhackens von Beschäftigung in Teilzeit-, Leih- und prekäre Arbeit steht an. Ebenso sind Lohnabbau und Entlassungen durch Abspecken des öffentlichen Sektors, der Medien und des Handels zu erwarten – alles frauenintensive Sektoren. Die ILO geht davon aus, dass 2009 22 Millionen Frauen durch die Krise ihren Job verlieren werden. MigrantInnen werden von Einheimischen verdrängt, sodass sie weniger nach Hause rücküberweisen können.

Wie in früheren Krisen werden Frauen als **soziale Air Bags** gefragt sein, die mit Mehrarbeit im Haushalt Lohnkürzungen und Kündigung der Männer auffangen, mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung ausgleichen, mit Ehrenamt oder Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen abfedern. Während die Ernährerrolle der Männer durch die Krise weiter ausgehöhlt wird, schultern die flexiblen Frauen mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung der Familien.

### **Der Rettungsstaat im Weiter so-Modus**

Der Staat von den USA bis Deutschland agiert zu allererst als Rettungsstaat, um die Funktions- und Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomien zu erhalten. Er verschonkt Milliarden an die Brandstifter, Zockerbanken und Überproduktionsindustrien, nachdem er jahrelang mit dem Argument leerer Kassen die Daseinsvorsorge gekürzt und mit seiner Fiskal- und Deregulierungspolitik gesellschaftlichen Reichtum zugunsten des Kapitals umverteilt hat. Jetzt verteilt er Verluste und Risiken von oben nach unten um.

(...) Würde die Politik die Funktionslogik des Kapitalismus tatsächlich verändern wollen, dann **müsste sie der Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur den Vorrang vor Wachstum und Profit** geben, d.h. sie müsste die Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße stellen. Dazu gehört unter anderem ein neuer Protektionismus, der die Ernährung, soziale Sicherheit und öffentliche Güter vor den Finanzmärkten schützt, sprich: Nahrungsmittel, Renten, Bildung und Bahn dürfen nicht ins Kasino. Zudem reicht es nicht, die absurde Kasinologik der Finanzmärkte zu zähmen. Vielmehr gilt es, **auch die industrielle ressourcen- und energieintensive Wachstumsbesessenheit in Frage zu stellen.**

Wo aber infolge gesteigerter Produktivität weniger bezahlte Arbeit notwendig ist, um gesellschaftlichen Wohlstand zu produzieren, könnte dies auch als Chance zur **Neuverteilung aller Arbeit, Erwerbs-, Sorge- und Freiwilligenarbeit** genutzt werden. Wo die Ungleichbewertung und –entlohnung von Arbeit in Form von Bankerboni und Managerabfindungen einerseits, Zeit- und Leiharbeitslöhnen oder 1-Euro-Jobs andererseits öffentlich nicht mehr akzeptiert wird, könnte dies Chance zu einer **gerechteren Bewertung aller Arbeit**, Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit sein. Dies wäre eine tragende Säule für eine demokratische und solidarische Wirtschaft jenseits der Wachstums- und Renditelogik.

Ob aber die wirtschaftlichen Spielregeln demokratisch neu ausgehandelt werden und Kapitalinteressen zurückstecken müssen, hängt davon ab, wie sehr sich soziale Kräfte mit Interessen an Existenzsicherheit, gutem Leben und Gerechtigkeit als (Gegen-) Macht gegen Profitmaximierung formieren und den gesellschaftlichen Konsens des Wachstums aufkündigen werden. Im Kapitalismus gibt es jedenfalls kein Wachstum ohne Download der Kosten an die Schwachen und ebenso kein Wachstum ohne die nächste Krise.

*In SiG [79](#) erschienen*

## **Hans-Jürgen Urban: „Es rettet uns kein höheres Wesen“ - Aktiv aus der Krise!**

**Rede auf der Demonstration anlässlich des Internationalen Aktionstages zum G 20 –Weltfinanzgipfel, Berlin, 28. März 2009**

Was jetzt kommen muss, ist weit mehr als „soziale Marktwirtschaft“! Was jetzt angesagt ist heißt: Umfassende Kontrolle und Regulierung der Finanz- und Devisenmärkte! Massive Umverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Rechten. Und ökologischer Umbau mit weit reichender Demokratisierung der Wirtschaft!

Das sind die Wegemarken in eine bessere Zukunft.

Wer, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde soll das alles tun? Wer hat den Mut und die Kraft?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir! Ein Bündnis aus alten und neuen Bewegungen, aus Globalisierungskritikern, Gewerkschaften, Sozial-Initiativen und kritischen Intellektuellen(...)

Diese Mosaik-Linke könnte an vorangegangene Kämpfe anknüpfen. Sie könnte alte Ziele mit neuen Inhalten und neuer Kraft versehen. Das Ziel etwa, „ ... *alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein*

*verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“ (Karl Marx).

Was meint ihr: Wollen wir es gemeinsam versuchen!?!?

# Walden Bello

## Die Vorzüge der Deglobalisierung

(...) Meine Kollegen bei 'Focus on the Global South' und ich haben Deglobalisierung bereits vor beinahe einem Jahrzehnt als umfassendes Paradigma zur Ablösung der neoliberalen Globalisierung thematisiert, als nämlich die von letzterer ausgelösten Spannungen und Widersprüche in schmerzhafter Weise offenkundig wurden. Ursprünglich vor allem als Alternative für Entwicklungsländer ausgearbeitet, ist das Paradigma der Deglobalisierung auch nicht ohne Bedeutung für die zentralen kapitalistischen Ökonomien.

### Die 11 Säulen der Alternative

Das Paradigma der Deglobalisierung umfasst 11 Kernpunkte:

1. Statt der Produktion für den Export muss die Produktion für den **Binnenmarkt** wieder das Gravitationszentrum der Wirtschaft werden.
2. Das **Subsidiaritätsprinzip** sollte im wirtschaftlichen Leben hochgehalten werden durch Förderung der Warenproduktion auf den Ebenen der Gemeinschaft und des Staates, sofern dies bei vernünftigen Kosten geleistet werden kann, um die Gemeinschaft zu bewahren.
3. Die **Handelspolitik**, d.h., Quoten und Zölle, sollte eingesetzt werden, um die lokale Wirtschaft vor der Zerstörung durch subventionierte Waren mit Dumpingpreisen zu schützen.
4. Die **Industriepolitik** – einschließlich Subventionen, Zöllen und Handel – sollte verwendet werden, um den Sektor der industriellen Produktion zu revitalisieren und zu stärken.
5. Lange aufgeschobene Maßnahmen zur gerechten **Umverteilung** des Einkommens und des Landbesitzes (einschließlich einer städtischen Landreform) können einen vitalen Binnenmarkt schaffen, der als Anker für die Wirtschaft dient und lokale Finanzressourcen für Investitionen bereitstellt.
6. Verlagerung des Schwergewichts vom Wachstum auf die Verbesserung der **Lebensqualität** und auf die Maximierung von **Gerechtigkeit** wird die Schieflage der Umwelt vermindern.
7. Die Entwicklung und Verbreitung von **umweltfreundlich** kongenialer Technologie in Landwirtschaft und Industrie sollte gefördert werden.
8. Wirtschaftliche Entscheidungen von strategischer Bedeutung können nicht

dem Markt oder Technokraten überlassen werden. Stattdessen sollte die Reichweite **demokratischer Entscheidungsfindung** in der Wirtschaft erweitert werden, so dass alle wirklich entscheidenden Fragen Gegenstand demokratischer Diskussion und Entscheidung werden, etwa solche Fragen wie: welche Industrien sollen entwickelt, welche sollen zurückgefahren werden; welcher Teil des Staatshaushaltes soll für die Landwirtschaft verwendet werden etc. –

9. Die **Zivilgesellschaft** muss den privaten Sektor und den Staat überwachen; ein Prinzip, das institutionalisiert werden sollte.

10. Die **Eigentumsverhältnisse** sollten in eine „gemischte Wirtschaft“ transformiert werden, die kommunale Kooperativen, private und staatliche Unternehmen umfasst und transnationale Gesellschaften ausschließt.

11. Zentrale globale Institutionen wie Weltwährungsfonds und Weltbank sollten durch **regionale Institutionen** ersetzt werden, die nicht auf Freihandel und Mobilität des Kapitals gegründet sind, sondern auf Prinzipien der Kooperation, welche „die Logik des Kapitals überschreiten“, um es in den Worten von Hugo Chavez bei der Beschreibung der Bolivari-schen Alternative für Amerika (ALBA) zu sagen.

### Vom Kult der Effektivität zu effektiver Wirtschaft

Das Paradigma der Deglobalisierung zielt darauf ab, die Ökonomie der eng gefassten Effizienz zu überwinden, in welcher das Hauptkriterium die Verminderung der Stückkosten ist, ungeachtet der sozialen und ökologischen Destabilisierung durch diesen Prozess. Es bedeutet ein System der ökonomischen Kalkulation zu überwinden, von dem John Maynard Keynes sagt, „dass es die ganze Lebensführung ... in das Paradox eines Buchhalteralpträumes“ verwandelte. Eine effiziente Ökonomie stärkt vielmehr die soziale Solidarität, indem sie die Operationen des Marktes den Werten der Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaft durch Vergrößerung des Bereiches der demokratischen Entscheidungsfindung unterordnet. Der Deglobalisierung ist es um die „Wiedereinbettung“ der Ökonomie in die Gesellschaft zu tun anstatt es dabei zu belassen, dass die Gesellschaft von der Ökonomie getrieben wird – um

es in den Worten zu sagen, die der große ungarische Denker Karl Polanyi in seinem Buch 'Die große Transformation' verwendet.

Das Paradigma der Deglobalisierung stellt auch die These auf, dass ein „Einheitsgrößenmodell“ wie der Neoliberalismus oder der zentralisierte bürokratische Sozialismus dysfunktional und destabilisierend ist. Stattdessen sollte Diversität wie in der Natur erwartet und gefördert werden. Es gibt gemeinsame Prinzipien einer alternativen Ökonomie, die sich im Kampf gegen und in kritischer Reflexion über das Versagen des zentralisierten Sozialismus und des Kapitalismus herausgebildet haben. Wie jedoch diese Prinzipien, von denen ich die wichtigsten oben skizziert habe, konkret ausformen, wird von den Werten, Rhythmen und den strategischen Entscheidungen einer jeden Gesellschaft abhängen.

### Der Stammbaum der Deglobalisierung

Obwohl dies radikal klingen mag, ist Deglobalisierung doch nichts wirklich Neues. Ihr Stammbaum schließt die Schriften des überragenden britischen Ökonomen Keynes ein, der auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise freieraus bemerkte: „Wir wollen nicht ... auf Gedeih und Verderb abhängig sein von Weltkräften, die ein einheitliches Gleichgewicht nach den Prinzipien des *laissez-faire* Kapitalismus schaffen oder schaffen wollen.“ (...)

Vollständiger Text in [SiG 77](#)

**Walden Bello: Eine Rückschau auf die Lehren der Schlacht von Seattle und deren Nachwirkungen** In [SiG 122](#)

Es gelang dem Finanzsektor, „die Geschichte von den Ursachen der Krise umzuschreiben und Letztere vollständig dem Staat anzulasten. Dies ist am besten erkennbar am Fall Europas.“

„Aus meiner Sicht ist es dringend, dass wir unsere Furcht vor der Formulierung umfassender Geschichten überwinden und eine Vision entwickeln, die die Überwindung der derzeitigen, vom Kapital verschandelten Welt durch gemeinsame Kämpfe beschreibt, an deren Ende der Aufbau von Gesellschaften steht, die sich – um ein emotionsgeladenes Wort zu benutzen – den tiefsten Instinkt von Männern und Frauen zu Nutzen machen, – nämlich den der Zusammenarbeit, des Miteinanders.“



# Miguel d'Escoto Brockmann

## Revitalisierung der UNO

Abschiedsrede als Präsident der 63. Vollversammlung der Vereinten Nationen, 14. September 2009

*Am 14. September hielt Miguel d'Escoto Brockmann in New York nach einjähriger Amtszeit seine Abschiedsrede als Präsident der 63. Vollversammlung der Vereinten Nationen. Der 1933 geborene d'Escoto Brockmann war katholischer Priester und gehörte von 1979 bis 1990 dem Kabinett von Daniel Ortega als Außenminister von Nicaragua an.*

Liebe Brüder und Schwestern,

(...) Die wichtigsten Monate meiner Präsidentschaft standen im Schatten der gegenwärtigen tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Talsohle noch nicht erreicht zu sein scheint. Wie ein englischer Philosoph des 18. Jahrhunderts einst sagte, klingt das Nörgelei unserer schärfsten Kritiker vielleicht weniger triumphal, wenn wir uns vor Augen führen, dass wir zwar nicht alles erreicht haben, was wir wollten, aber dennoch sehr viel erreicht haben.

### Ein historischer Meilenstein

In Artikel 13 der Charta der Vereinten Nationen heißt es, die Vollversammlung »gibt Empfehlungen ab, um die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, der Erziehung und der Gesundheit zu fördern«. Trotzdem wurde die Organisation in den letzten dreißig Jahren unter dem Vorwand, dass nur die Bretton-Woods-Institutionen (1) Kompetenz auf diesem Feld besitzen, daran gehindert, die Rolle zu spielen, die ihr die Charta zuschreibt.

Die Arbeit meiner präsidialen Expertenkommission hat deutlich gemacht, dass die Vollversammlung in der Tat fähig ist, Spezialisten mit ausreichender Sachkunde zusammenzubringen, um die globale Finanz-, Wirtschafts-, Währungs- und Handelssteuerung zu diskutieren. Darüber hinaus hat die Arbeit der Kommission ein Ergebnis gezeitigt, das zweifellos der seriöseste und umfassendste Vorschlag ist, wie wir die gegenwärtige globale Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigen können.

Die am 9. Juli 2009 erfolgte Annahme des Abschlussdokuments der »Konferenz über die Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung«, die vom 24. bis zum 30. Juni 2009 stattfand, war für die Vereinten Nationen ein historischer Meilenstein. Bei dieser Gelegenheit wurden die G-192 (2) als das adäquate Forum etabliert, das sich

mit diesen Themen befaßt, von denen die Weltgemeinschaft als Ganzes betroffen ist.

Die G 8 und die G 20 werden weiterhin bedeutende Minderheiten sein. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass ihr Reichtum und ihre Macht erkennbar größer sind als ihre Fähigkeit, das Richtige zu tun. Wir sollten und dürfen nicht vergessen, dass vor allem ihre eigenen äußerst schwerwiegenden Fehler und die Fehler der von ihnen geführten Bretton-Woods-Institutionen dafür verantwortlich waren, dass die Welt derzeit etwas durchmacht, was sich noch als die schlimmste Krise der Geschichte erweisen könnte.

In das Fazit des Abschlussdokuments sind äußerst wertvolle Beiträge eingeflossen, die zum einen das Resultat der Vorschläge der von Professor Joseph Stiglitz geleiteten Expertenkommission sind. Ferner der Bericht der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA) und natürlich die Stellungnahmen, die von den Regierungsvertretern und Staatsführungen in die Plenarsitzungen der Konferenz eingebracht wurden – beispielsweise die exzellente Erklärung von Ecuadors Präsident Rafael Correa – zusätzlich zu den Kommentaren, die an runden Tischen und bei Arbeitsfrühstücken abgegeben wurden.

Allerdings müssen wir auch anerkennen, dass wir ohne die außerordentliche Unterstützung und aktive Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und des von Martin Khor geleiteten South Centre [Genf] nicht die gemachten Fortschritte erzielt hätten.

Obwohl der Entwurf des Abschlussdokuments von 192 Ländern ausgehandelt werden musste, und im Gegensatz zu den Befürchtungen, die von einigen namhaften Minderheiten geäußert wurden, war das Dokument nicht nur bereits zwei Tage vor Konferenzbeginn fertig, sondern es sprach auch eine Reihe komplexer Themen an, die über die Debatten und in den Foren erstellten Dokumente hinausgingen.

Es sollte auch erwähnt werden, dass das Abschlussdokument unserer historischen Juni-Konferenz schließlich den Prozess einleitete, mit dem die Empfehlungen, die im Bericht »A fair globalization« der »Weltkommission zur sozialen Dimension der Globalisierung« enthalten sind, befolgt wurden. Dieser Bericht stellt fest, daß »die Globalisierung den Multilateralismus sowohl unverzichtbar als auch unabwendbar macht« und dass das multilaterale System der Vereinten Nationen »einzigermaßen geeignet ist, den Reformprozeß der Wirtschafts- und Sozialpolitik anzuführen«.

### Jenseits von Bretton Woods

Die Aufgabe der Vereinten Nationen, sich mit den dringendsten Themen unserer Zeit zu befassen, wurde mit der am 31. Juli 2009 von der Vollversammlung auf unbestimmte Zeit eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe institutionalisiert, deren Aufgabe es ist, die im Abschlussdokument enthaltenen Themen weiterzuverfolgen. Diese Themen umfassen die Reform der Bretton-Woods-Institutionen, also eben jener »Experten«-Institutionen, die die Umsetzung des Artikels 13 der UNO-Charta in den letzten drei Jahrzehnten nach Kräften hintertrieben haben.

Heute ist das vordringlichste Thema weiterhin die Bereitstellung von Ressourcen für die am meisten notleidenden Länder, vor allem in Form von finanziellen Zuwendungen, oder vielmehr die Bereitstellung von Ausgleichszahlungen durch einen globalen Fonds, um sowohl öffentliche Güter als auch die UN-Millenniumsziele (3) zu finanzieren. (...)

### Gegen das Recht der Stärksten

Es wäre unpassend, wenn ich mich von Ihnen verabschieden würde, ohne Ihnen meine Gedanken darüber zu vermitteln, welches die wichtigste Lektion oder Erkenntnis ist, die ich aus der Arbeit des vergangenen Jahres gezogen habe.

Es ging mir um

- das totale Engagement für die Sache des Friedens durch die Demokratisie-

- die Revitalisierung der Vollversammlung;
- die völlige Abschaffung aller Atomwaffen bis 2020, wenn sich die Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zum 75. Mal jähren;
- die Ausrottung von Armut und Hunger, nachdem in diesem Jahr die psychologische Barriere von einer Milliarde hungernder Menschen auf der Welt durchbrochen wurde;
- das Ergreifen von Maßnahmen, um den Zugang zu sauberem Trinkwasser und Nahrung für alle sicherzustellen;
- der Förderung effektiver politischer Schritte, um dem Klimawandel zu begegnen;
- die Beendigung des verbrecherischen Menschenhandels ebenso wie der Schande der Mißhandlung und Diskriminierung von Frauen;
- die Garantie des Rechts auf Bildung für Kinder und Jugendliche, einschließlich der Mädchen und Jungen in Ländern mit bewaffneten Konflikten oder humanitären Katastrophen durch Naturphänomene;
- genauso wie um die Garantie eines Lebens in Gesundheit, die aus ethischen und religiösen Gründen zwingend geboten ist. (...)

Ich bin einer von denen, die glauben, dass die Vereinten Nationen als Organisation das Potential haben, unverzichtbar zu sein für das Bestreben der Menschheit, die sich zusammenballenden Krisen zu überwinden, durch die die Menschheit

ausgelöscht zu werden droht. Zweifellos ist das Hauptproblem, dass nicht alle ihre Gründer wirklich an die Visionen geglaubt haben, die explizit oder implizit in der den Vereinten Nationen zugrunde liegenden Charta enthalten sind.

Die ganze Welt weiß, dass einige unserer mächtigsten und einflußreichsten Mitgliedsstaaten definitiv nicht an die Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben, sondern vielmehr der Ansicht sind, dass das Befolgen der rechtlichen Normen, denen wir uns durch die Unterzeichnung der Charta verpflichtet haben, etwas ist, das nur für schwache Staaten gilt. Angesichts eines solch niedrigen Grades von Engagement sollte es nicht überraschen, dass die Vereinten Nationen unfähig waren, die wichtigsten Ziele zu erreichen, für die sie ursprünglich geschaffen wurden.

Bestimmte Mitgliedsstaaten glauben, dass sie ihr Handeln nach dem Gesetz des Dschungels ausrichten können, und sie verteidigen das Recht der Stärksten, völlig ungestraft tun und lassen zu können, wonach auch immer ihnen ist, und niemand gegenüber Rechenschaft ablegen zu müssen.

Sie glauben, den Multilateralismus verwerfen und die Vorzüge des Unilateralismus proklamieren zu können, während sie gleichzeitig von ihren privilegierten Sitzen im Sicherheitsrat aus schamlos hochtrabend davon sprechen, dass es für alle Mitgliedsstaaten notwendig ist, gewissenhaft die ihnen aus der Charta er-

wachsenden Pflichten zu erfüllen oder dafür bestraft zu werden, es nicht zu tun. Die uneingeschränkte Gleichheit aller Mitgliedsstaaten und die Pflicht, Kriege zu verhindern, sind für sie Nebensächlichkeiten, die man nicht weiter ernst nehmen sollte.

All dies und viele andere ebenso gravierende Anomalien haben viele zu der Überzeugung gebracht, dass eine Reform der Vereinten Nationen notwendig ist. Aber während dieses Jahres als Präsident der 63. Vollversammlung bin ich zu dem Schluss gekommen, dass der Zeitpunkt zur Reformierung oder Nachbesserung unserer Organisation bereits verpaßt wurde. Wir müssen sie neu definieren, und wir müssen es dringend tun – ad majorem gloriam Dei, was heißen soll, zum Wohle der Erde und der Menschheit. (...) Ich danke Ihnen.

#### **Anmerkungen:**

2) Miguel d'Escoto hatte die 192 Mitgliedsstaaten der UNO zu dieser Konferenz »auf höchster Ebene« eingeladen. In Anspielung auf G-8 und G-20 bezeichnet d'Escoto sie als »G-192« – J. H.

3) Die UN-Millenniumsziele (engl. Millennium Development Goals, MDG) sind acht Entwicklungsziele (u.a. Bekämpfung von Armut und Hunger, Gleichstellung der Geschlechter, ökologische Nachhaltigkeit etc.) für das Jahr 2015, die im Jahr 2000 von der genannten Arbeitsgruppe aus Vertretern der UNO, der Weltbank, der OECD und mehreren NGO formuliert wurden – J.H.

Vollständiger Text in [SiG 77](#)

## **Fidel Castro Pittsburgh und das Gipfeltreffen von Margarita**

27. September 2009

(...) Als Obama sich in Pittsburgh mit seinen G-20-Gästen traf, (...) begann auf der Insel Margarita das **Gipfeltreffen der Staatschefs der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und der Organisation für Afrikanische Einheit**. Dort kamen mehr als 60 Präsidenten, Premierminister und hohe Vertreter aus den Ländern Südamerikas und Afrikas zusammen. Anwesend waren dort auch Lula, Cristina Fernández und der Präsident von Südafrika, Jacob Zuma, die aus Pittsburgh gekommen waren, um einen wärmeren und herzlicheren Gipfel zu genießen, bei dem mit großer Offenheit die Probleme der Dritten Welt behandelt wurden. (...)

Kuba dankt für die Unterstützung und die Solidarität, die von diesem Gipfel ausging, bei dem nichts in Vergessenheit geraten ist.

Komme, was komme, die Völker werden sich ihrer Rechte und Pflichten immer mehr bewußt werden!

### **»Bank des Südens« auf dem Margarita Treffen gegründet**

Die Staatschefs von Venezuela, Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador, Uruguay und Paraguay unterzeichneten die Gründungsurkunde des als Alternative zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds gedachten Finanzinstituts, das zunächst mit einem Kapital von 20 Milliarden US-Dollar ausgestattet werden soll. Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet nahm an der Zeremonie als Beobachterin teil und erklärte, ihr Land könne der Initiative »bald« beitreten. Die Bank soll ihren Hauptsitz in Caracas haben und zwei untergeordnete Zentralen in Argentinien und Bolivien betreiben.

Angesichts der Verzögerungen, die während der Vorbereitungen für die Gründung der Bank immer wieder aufgetreten waren, zeigte sich die argentinische Präsidentin Cristina Fernández erleichtert, dass diese nun überwunden zu sein scheinen: »Es hat gedauert, doch wir sind angekommen. Aber eigentlich ist die Verzögerung gar nicht so groß, wenn wir von einer Institution dieser Art sprechen.«

Hugo Chávez schlug vor, dass die Staaten Südamerikas und Afrikas auch eine gemeinsame Süd-Süd-Bank schaffen sollten. Es könne doch nicht sein, dass die Länder des Südens ihre Finanzmittel und Währungsreserven in die Metropolen des Nordens transferieren, die dann wiederum Darlehen an Afrika und Lateinamerika vergeben. »Sie geben uns Kredite von unserem eigenen Geld. Das ist doch bescheuert«, urteilte der venezolanische Präsident. **Aus: Junge Welt 30.9.09**

# Jérôme Duval

## Der IWF diktiert mehr als jemals zuvor

*Als Werkzeug der großen Gläubiger tritt der IWF die grundlegenden Menschenrechte mit Füßen, um seine neoliberale Politik im Norden wie im Süden durchzusetzen. 6. April 2010*

Die Großmächte haben die aktuelle Krise dazu benutzt, um den internationalen Währungsfond (IWF), dessen Legitimation seit Jahren stark zurückgegangen ist, wieder ins Zentrum der Politik zu rücken. Zusammen mit der Europäischen Union setzt er seine Kürzungspolitik in Europa wie im Süden durch. Er ist bereit, seine Ziele auch gegen Widerstand durchzusetzen, und verfolgt damit unbeirrbar dieselbe neoliberale Politik, die er seit den 1980er Jahren mit seinen „Strukturanpassungsplänen“ in den Entwicklungsländern umsetzt, welche im Norden „Sparkurs“ oder „Sparmaßnahmen“ genannt werden. Im Fall von Weigerung oder Ungehorsam wie beispielsweise 2001 in Argentinien oder im letzten Jahr in der Ukraine und in Rumänien erhöht der IWF den Druck, indem er – ungeachtet der daraus folgenden sozialen Konsequenzen – seine Kredite blockiert. Und das obgleich die eklatanten Misserfolge dieser Politik vielfach nachgewiesen wurden: Überall vertieft sich die Kluft zwischen Arm und Reich und die Armut nimmt zu.

„Wenn man den IWF so betrachtet, als bestünde sein Ziel darin, der Finanzwelt zu dienen, dann findet man einen Sinn in Handlungen, die ansonsten widersprüchlich und intellektuell unzusammenhängend wirken würden.“ Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Ökonomie 2001, *Die Schattentänzer der Globalisierung* (2002) (...)

### 1982: Die Schuldenkrise bricht aus

Am 20. August 1982 bricht die Schuldenkrise aus, da **Mexiko** als erstes Land in einer langen Liste von Entwicklungsländern seine kolossal gewachsene Schuldenlast nicht mehr begleichen kann.

In letzter Instanz tritt nun der IWF als Gläubiger auf, und wie ein Brandstifter verteilt er seine Kredite an die insolventen Länder, nicht mit dem Ziel, die überschuldete Bevölkerung zu retten, sondern zuerst die Gläubiger auszuzahlen.

Die Kredite sind an einen **Strukturanpassungsprogramm** gebunden, das den Ländern strukturelle Maßnahmen und Schockmaßnahmen aufbürdet: massive Privatisierungen, Liberalisierung der Wirtschaft und Öffnung der Märkte; drastische Kürzung des Sozialhaushalts, Subventionsabbau für Grundprodukte, Entwicklung von Monokulturen für den Export auf Kosten des Anbaus von Nahrungsmitteln; Zinserhöhung um Kapital anzuziehen... Wie bereits Michel Camdessus, Generaldirektor des IWF von 1987 bis 2000, prognostizierte: „Alle

*Fesseln, die eine Liberalisierung des Handels beschränken, werden abgeschafft, so dass die Unternehmen die Freiheit besitzen, ihre Güter nach eigenem Wunsch und den Entscheidungen des Marktes zu produzieren und zu exportieren.“*

Die betroffenen Länder verschulden sich erneut, um ihre früheren Kredite abzahlen zu können, aber diesmal zu einem erhöhten Zinssatz....

Der subtile Mechanismus eines **wirtschaftlichen Neokolonialismus** etabliert sich dauerhaft: der Schuldendienst mästet die Gläubiger und die Politik der mit dem IWF unter Vertrag stehenden Länder wird durch Washington kontrolliert.

**Es gibt keine staatliche Selbständigkeit mehr:** die internationalen Finanzinstitutionen drücken den Willen der Gläubiger durch und öffnen die Länder, die faktisch vom IWF geführt werden, den überwiegend im Norden angesiedelten multinationalen Konzernen. Erinnern wir uns als Beispiel für die **Allmacht des IWF** daran, dass sich der brasilianische Präsident **Lula** in einem Schreiben verpflichten musste, die vor seinem Amtsantritt 2002 zwischen Brasilien und dem IWF getroffenen Vereinbarungen zu respektieren – seine Wirtschaftspolitik musste somit den sehr zweifelhaften Vorschriften des IWF folgen. Die Forsetzung der Haushaltseinschränkungen bis 2005 waren vertraglich mit seinem Vorgänger, dem Präsidenten Cardoso, festgelegt worden. Dabei spielte es keine Rolle, wer die Wahl 2002 gewinnen würde.

Viele der Entwicklungsländer, die zu Beginn der 1980er Jahre in der Nahrungsmittelproduktion unabhängig waren, importieren heute die für ihre Bevölkerung notwendigen Lebensmittel. Die **subventionierte Landwirtschaft** der westlichen Länder hat die Länder des Südens **überschwemmt** und damit zehntausende von Bauernfamilien ruiniert und sie von ihrem Land in die **Slums** vertrieben.

Der Senegal muss sämtliche Zutaten für das Nationalgericht "Yassa-Hühnchen" importieren und Haiti importiert den Reis, den es früher in ausreichender Menge für die Ernährung seiner Bevölkerung selbst angebaut hat.

Wenn die Spekulanten an der Börse von Chicago über diese Produkte herfallen, wie man es 2008 gesehen hat, dann explodieren die Preise auf den lokalen Märkten und dutzende von Ländern erleben dramatische Hungersnöte.

### Der Protest weitet sich ständig aus

Als direkte Konsequenz aus der durch den IWF verfügten Abschaffung der Subventionen für Grundnahrungsmittel hat sich der Widerstand gegen die ultraliberalen Experten in den letzten 25 Jahren vervielfacht. Im Süden brechen in regelmäßigen Abständen "**IWF-Aufstände**" aus. Genannt seien hier als Beispiel **Peru**, wo sich 1991 in einer Nacht der Brotpreis verzehnfacht hat, oder der dreitägige Volksaufstand infolge der Umsetzung eines Strukturanpassungsplans in Caracas / **Venezuela** von 1989, der zu einer großen Zahl von Toten führte. ...

Angesichts der Unbeliebtheit der mit der Kreditvergabe verbundenen Bedingungen haben Mitte dieses Jahrzehnts verschiedene Länder (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Indonesien, die Philippinen, die Türkei...) ihre **Schulden gegenüber dem IWF früher als vereinbart zurückgezahlt**, um sich so von der lästigen Bevormundung durch den IWF zu befreien. Die Kreditaufnahme beim IWF schmolz und **im Frühjahr 2008** musste sich die Institution von 380 seiner 2634 Mitarbeiter trennen und einen Teil seiner Goldreserven verkaufen. Außerdem stürzte die Einrichtung in eine schwere Legitimitätskrise und die drei letzten Direktoren des IWF traten vor Ablauf der Amtszeit zurück.

### Der IWF und die Krise

In der Folge des G20-Gipfels in London am 2. April 2009 wurden die Mittel des IWF **verdreifacht**, damit er seine Kreditvergabe in alle Richtungen hin ausweiten könnte.

**Die Bedingungen sind überall hart:** Lohnkürzungen oder Einfrieren der Löhne für staatliche Bedienstete, Pensionskürzungen, Privatisierung von Unternehmen in öffentlicher Hand etc.

Dutzende von **osteuropäischen Ländern** haben in weniger als einem Jahr einen Kreditrahmen mit dem IWF vereinbart. Wenn **Lettland** weiterhin finanzielle Zuwendungen durch den IWF und die EU erhalten möchte, muss es die Beamtgehälter um 20% und die Renten um 10% kürzen. Diese Politik ruft Reaktionen in der Bevölkerung hervor, die auf die Straße geht: ein Generalstreik folgt in **Griechenland** auf den nächsten; es gibt Lehrerdemonstrationen in Lettland und Beamtenproteste in **Rumänien** und über 90% aller **Isländer** weigern sich, einem Volksentscheid zufolge Schulden zurückzuzahlen, die sie als illegal ansehen.

(...)

Vollständiger Text in [SiG 84](#)

# Conrad Schuhler

## Das G20-Fiasko

### 2010

Mit ihren **Toronto-Beschlüssen** hat die G20, die Gruppe der Industrie- und der größten Schwellenländer, alle Illusionen platzen lassen, aus dem Schoß der herrschenden Machthaber in Politik und Wirtschaft seien Reformen zu erwarten, die der Finanzkrise Einhalt gebieten und die große Mehrheit der Menschen verschonen würde vor den üblen Folgen dieser Krise. (...) Bis 2013 sollen die Industrieländer ihre Haushaltsdefizite halbieren und ab 2016 mit dem Schuldenabbau beginnen. Die „Sparhaushalte“ der EU-Länder treffen durchgängig die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen und die Armen, während sie die „Leistungsträger“, die Reichen und die Unternehmen, insbesondere auch die Banken, ungeschoren lassen. Der abrupte Rückgang der öffentlichen Ausgaben wird zudem zu einer Schwächung der Nachfrage führen, die die Wirtschaft erneut in einen Abwärtsspirale reißen kann. (...) Gegen diese reaktionäre Politik der politischen Eliten hat sich in den verschiedenen Ländern unter Losungen wie „**Wir zahlen nicht für Eure Krise**“ Widerstand formiert. Dieser Widerstand ist bisher nirgendwo stark genug, die Strategie der Herrschenden zu durchbrechen. Doch haben sich u. a. in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal bereits beachtliche Potenziale gegen den Kurs der Herrschenden entwickelt. Millionen sind den Aufrufen zu Streiks und Protestkundgebungen gefolgt. (...) Hierzulande hängt ein großer Teil der Gewerkschaftsbewegung, vor allem die IG Metall, bisweilen noch dem Glauben an, die Kooperation mit dem global operierenden Kapital fortführen zu können in der Hoffnung, an der Seite der Exportweltmeister von den Krisenfolgen verschont zu bleiben. Dies ist eine irriige Hoffnung. Selbst im Abschlusskommuniqué von Toronto wird darauf hingewiesen, dass Exportländer wie Deutschland umorientieren müssen auf den Aufbau des Binnenmarktes, wir also vor einer prinzipiellen Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft stehen, die ja heute noch fast die Hälfte aller produzierten Werte ins Ausland verkauft. Zwar wird die internationale Arbeitsteilung weiter vonnöten sein. Aber sie wird sich in der Qualität ändern müssen und sie wird in Zukunft die jetzt vorhandenen Ungleichgewichte – Überschüsse der einen, Defizite der anderen – nicht mehr dulden können. Das 6 %-Plus der Deutschen – 150 Milliarden Euro pro Jahr – wird auf deutsche Bedürfnisse und deutsche Kaufkraft umgeleitet werden müssen. Gewerkschaften, die sich den Existenznöten ihrer Mitglieder und aller Beschäftigten verpflichtet fühlen, müssen schon aus

diesem Grund – von gerechter Einkommensverteilung, von Umwelt und „guter Arbeit“ nicht zu reden - auf einen Umbau der Wirtschaftsstruktur des Landes drängen. (...)

#### **Warum führen der offenkundige Bankrott des Neoliberalismus und die Einführung neuer Opferprogramme nicht zu einer sozialen Revolte?**

Die Bewegung gegen die Opfer-Politik von Oben ist heute schwächer als vor einem Jahr, obwohl die Zumutungen größer geworden sind. (...) Warum ist die Bewegung dafür in unserem Land so mickrig?

Es gibt mehrere Gründe dafür, warum Gewerkschaften und soziale Bewegungen die nötige gesellschaftliche Gegenkraft nicht aufbringen. Stattdessen predigt man eher den Ausgleich mit einem „neuen Kapitalismus“, der sozialer, umweltverträglicher, nachhaltiger sein soll. Warum tut man dies, entgegen der offensichtlichen Realität eines zu allem entschlossenen Neoliberalismus in und über die Krise hinaus?

Auf der einen Seite entspringt dies dem selbst gestellten Auftrag **reformistischer** Arbeiterpolitiker wie dem DGB-Vorsitzenden Sommer, die sich als der soziale Teil eines Ganzen sehen, zu dem auf der anderen Seite eben Arbeitgeber und Banken gehören. Eine systemüberschreitende Alternative kommt ihnen gar nicht in den Sinn, alle gesellschaftlichen Perspektiven sind begrenzt durch die Notwendigkeiten des Kapitals. Zum anderen rührt die Lähmung des Widerstandswillens her von einer tief sitzenden **Resignation**, wir können eh nichts ausrichten, die andere Seite ist zu stark, die eigenen Truppen zu schwach und zu mutlos. Befeuert wird diese Melange von Kleinmut von der Vorstellung, durch Stillhalten könne man vielleicht den Folgen der Krise entgegen. Schaut man sich die Sparprogramme in Europa an, dann stellt man fest, dass sie sich in aller Regeln gegen Kernerrungenschaften der Arbeiterbewegung richten, wie Rentenalter, Kündigungsschutz, Lohnhöhe u. ä. – nur im Fall der Bundesrepublik Deutschland liegen die Dinge anders. Hier richten sich die Sparbefehle in erster Linie gegen Hartz IV-Empfänger und Arbeitslose, dort sollen über ein Drittel aller Einsparungen stattfinden. **Man versucht, die Bastionen der Arbeiterbewegung zu umgehen, um freies Schussfeld auf die Ärmsten zu haben**, die man noch mehr zur Ader lassen will. Das gilt nicht für alle Branchen, schließlich sollen 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst eingespart werden. Doch für die IG Metall und andere mag es so aussehen, als blieben sie ungeschoren. Dies wäre ein fataler Irrtum, denn das Ausdünnen des

öffentlichen Sektors wie die ungehinderte Bereicherung der Oberen und der Spekulanten an der gesellschaftlichen Leistung wird auf alle anderen schlimm zurück schlagen.

#### **Den öffentlichen Raum vergrößern, Geld dafür ist genug da**

Es kann nicht darum gehen, die Sozialleistungen und die öffentlichen Leistungen insgesamt zu verringern, sondern ganz im Gegenteil:

- mehr als jeder Fünfte in Deutschland gilt als arm, um diesen rund 18 Millionen Menschen eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu garantieren, müssen die Hilfen gesteigert werden;

- besonders armutsgefährdet sind Rentnerinnen und Rentner; die Renten müssen heraufgesetzt und die Altersvorsorge muss zu einer ausschließlich öffentlichen Angelegenheit werden, will man verhindern, dass der wachsende Teil älterer Menschen von einer fast flächendeckenden Altersarmut erfasst wird;

- ob Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr – auf allen gesellschaftlichen Ebenen erweist sich die Profitwirtschaft als fatal, alle diese Räume müssen „öffentlich“ werden, müssen für alle erschwinglich sein und von allen mitbestimmt werden.

Die Lieblingsfloskel der Kapitalpropagandisten, für einen solchen „Wohlfahrtsstaat“ fehle das Geld, ist reine Propaganda. Wahr ist vielmehr, dass **genügend Geld** bei Reichen und Unternehmen lagert:

- Würde man nur die Steuergeschenke von Rot-Grün, Großer Koalition und Schwarz-Gelb an Unternehmen und Besserverdienende zurücknehmen, hätte man 50 Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen.

- Würde man die Finanztransaktionssteuer nicht nur in Sonntagsreden beschwören, sondern sie tatsächlich durchsetzen, käme man selbst bei einem Mini-Steuersatz von 0,01 % allein in Deutschland auf über 20 Milliarden Euro jährlich.

- Würde man endlich in Deutschland eine Vermögensteuer für Millionäre einführen, so hätte man das Übel wirklich an der Wurzel gepackt. Die rund 860.000 Millionäre verfügen über ein Geldvermögen von 2,2 Billionen Euro. Sie sind die Hauptnutznießer der Spekulationswellen und die Hauptverantwortlichen für die Finanzkrise. Eine 5-prozentige Vermögensteuer würde jährlich 110 Milliarden Euro für öffentliche Zwecke freimachen und gleichzeitig das Potenzial für weitere Spekulationsblähungen einschränken.

Vollständiger Text in [SiG 84](#)